

Der **Zimmerer**

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschlands (Sitz Hamburg)
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) Hamburg

Erscheint jeden Sonnabend. Monatsbezugspreis 50 Pf. (ohne Bestellgeld). Zu bezieh. durch alle Postanstalten • Anzeigenpreis: Nach Tarif der Inseraten-Union GmbH., Berlin SW 68
 Herausg.: Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgen. Deutschl., Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St. • Anzeigen aus den Zahlstellen die viergespaltene Petitzeile 50 Pf.

Arbeitsrecht auf Abbruch?

Die arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Schleichereien der Baronsregierung sind in diesen Tagen offiziell eingeleitet worden. Kampf dem Wohlfahrtsstaat ist die eine, Auflockerung des Tarifrechts die andere Forderung der Hitler-Barone und ihrer reaktionären Hintermänner. Der Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat ist erst teilweise verwirklicht worden. Millionen Hand- und Kopfarbeitern wurden die kärglichen Beträge der Erwerbslosen- und Wohlfahrtsunterstützungen gekürzt, Hunderttausenden die geringen Renten aus der Invaliden- und Unfallversicherung noch weiter geschmälert. Die arbeitende Bevölkerung hat einen kleinen Vorgeschmack von dem bekommen, was es heißt: Kampf dem Wohlfahrtsstaat. Wir sind überzeugt, daß das alles erst ein Anfang ist. Selbst wenn der Reichskanzler v. Papen am Tage vor der Wahl verkündet hat, daß große Teile der Bevölkerung heute ein Einkommen beziehen, das unter dem Existenzminimum liegt, so wird, davon sind wir überzeugt, die Barons-Regierung von Hitlers Gnaden nicht aufhalten, weitere Attentate auf die Lebenshaltung der Erwerbslosen und der Kleinrentner auszuführen. Auf der andern Seite wird der Wohlfahrtsstaat der Millionäre weiter ausgebaut. In Form von Subventionen erhalten großindustrielle Werke und Banken Hunderte von Millionen Reichsmark an Zuwendungen. Die Landwirtschaft soll auch die Segnungen des „neuen Kurses“ zu spüren bekommen. Deshalb werden andauernd die Zollsätze erhöht und eine Margarinesteuer eingeführt. Der Kurswechsel, der mit der Regierung der Hitlerbarone eingesetzt hat, soll einen „System“-Wechsel bedeuten. Den Aermsten der Armen soll von dem Wenigen genommen, den Großagrariern und Schlotbaronen aus öffentlichen Mitteln möglichst viel zugeschanzt werden. Das ist der tiefere Sinn, der dem Regierungsprogramm: „Kampf dem Wohlfahrtsstaat“, zugrunde liegt.

Was auf sozialpolitischem Gebiete bereits Tatsache geworden ist, soll nun auch auf arbeitsrechtlichem Gebiete durchgeführt werden. Zunächst soll das Tarifwesen grundsätzlich „aufgelockert“ werden. Das staatliche Schlichtungswesen ist nach Meinung der Regierung und der hinter ihr stehenden Kreise überflüssig geworden. Die Kündigung des Schlichters für Groß-Berlin, des früheren Reichsarbeitsministers Rudolf Wissell, und die Versetzung des bisherigen Referenten für das Schlichtungswesen im Reichsarbeitsministerium, Ministerialrats Joachim, an das Reichsvorsorgungsgericht, sind Signale gewesen und Anzeichen dafür, daß die arbeitsrechtliche Schleicherei begonnen hat.

Am 5. August ließ Hugenberg und die hinter ihm stehenden Kreise der Schwerindustrie in einer Korrespondenz die Forderungen zum Schlichtungswesen und zum Tarifrecht der gesamten Öffentlichkeit mitteilen. In dem fraglichen Artikel schreiben die Hugenberg und Konsorten:

„Es wird sich zu erweisen haben, inwiefern die Reichsregierung bereit ist, neue Wege im Hinblick auf das gesamte Schlichtungswesen einzuschlagen. Die Zeit drängt, denn bereits Ende dieses Monats wird man sich an den zuständigen Stellen darüber schlüssig werden müssen, wie man an die Sache herangehen will. Wir haben auf dem Gebiete der Schlichtung in der Nachkriegszeit so trübe Erfahrungen gemacht, daß es wahrhaftig an der Zeit wäre, endlich in eine Umschichtung bei einer der berüchtigtsten „Errungenschaften“ des Umsturzes einzutreten. Der Konflikt im Ruhrbergbau ist lediglich ein Beispiel, aber eines jener Exempel, die „statuiert“ werden müssen.“

Und an anderer Stelle heißt es: „Es muß dahin kommen, daß die schematische Schlichtung, das Zerreißen der Verbindung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die Inflation der Verbindlichkeitserklärung, daß all dies endlich aufhört, und daß bei einer entsprechenden Einheitlichkeit in der Stellungnahme der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer von den marxistischen Fesseln befreit und aus der Proletarisierung herausgerissen, vom passiven Objekt zum aktiven Subjekt der Wirtschaft wird.“

Die Zusammensetzung der Reichsregierung bietet die Gewähr dafür, daß diese Forderungen der Reaktion durchgesetzt werden. Die von der Schwerindustrie und Hugenberg geforderte „Auflockerung“ des Tarifrechtes wird dann in dem Rahmen des „konstruktiven Wirtschaftsplanes“, den die Hitler-Papen-Schleicher eingeleitet haben, verwirklicht werden. Zwar ist die Regierung noch eifrig bemüht, alle Nachrichten von einer Auflockerung des Tarifwesens zu dementieren. Dabei wird behauptet, daß weitreichende gesetzliche Maßnahmen zur Abänderung des Schlichtungswesens weder vorbereitet noch beabsichtigt seien. Mit Recht bemerkt das „Berliner Tageblatt“, daß sich in diesem Zusammenhang auf dem Verwaltungswege, ohne Gesetzesänderungen, sehr viel „reformieren“ läßt. Von dem Recht des Staates, Tarifverträge und Schiedssprüche für verbindlich oder allgemeinverbindlich zu erklären, soll fernerhin gar kein Gebrauch gemacht werden. Die Arbeitgebervereinigungen ließen erkennen, so schreibt das „Berliner Tageblatt“, daß sie sich mit der Zurückhaltung der Schlichtungsbehörden allein nicht zufrieden-

geben wollen; ihre Forderungen laufen auf die individuelle Lohngestaltung hinaus. Das ganze Tarifvertragswesen müsse grundsätzlich geändert werden. Die erste Gelegenheit dazu bietet sich bei den nun kommenden Verhandlungen der Schwerindustrie und im Ruhrbergbau. Bei den Verhandlungen im Ruhrbergbau, die im Mai dieses Jahres stattfanden, haben die Schlotbarone schon zum Ausdruck gebracht, daß einzelne Werke, die unter angeblich besonders ungünstigen Bedingungen arbeiten, aus dem Tarifvertrag herausgenommen werden können. Die Schlotbarone rechnen damit, daß sie nunmehr mit ihren Forderungen durchkommen. Es sollen „Lohnrichtsätze“ geschaffen werden, die für keinen Unternehmer maßgebend zu sein brauchen, mit andern Worten, man will den Hauptstoß gegen den Grundsatz der Unabdingbarkeit des Tarifvertrages führen und damit die wichtigste Grundlage des Tarifrechtes überhaupt beseitigen. Wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht — und wir zweifeln nicht, daß die Regierung diesen Kreisen weitestgehend folgen wird —, dann ist in lohnpolitischer Hinsicht der Willkür Tür und Tor geöffnet, dann kann jeder Unternehmer wieder „Herr im Hause“

sein. Der Werkertarif soll wieder vorherrschende Bedeutung erhalten. Wie sagt doch Hugenberg: Die „berüchtigtsten Errungenschaften des Umsturzes“ müssen beseitigt werden.

Die Entfernung von zwei um die Entwicklung des Schlichtungswesens und des Tarifvertrages bedeutsamen Personen war das Signal für die Einleitung einer „neuen“ arbeitsrechtlichen Epoche. Stückweise soll das stolze Gebäude des Arbeitsrechts abgetragen werden. Die Reaktion hat ihre schwerindustriellen SA-Leute beauftragt, Bomben in die Fundamente des arbeitsrechtlichen Gebäudes zu legen. Hoffentlich verrechnen sich die Reichsregierung und die hinter ihr stehenden Kreise nicht. Wohl ist die Macht der Gewerkschaften durch die Wirtschaftskrise stark eingeeengt, aber ihre Kraft ist nicht gebrochen. Die Niederträchtigkeiten, die gegenwärtig von der Reichsregierung auf arbeitsrechtlichem Gebiet in die Wege geleitet wurden, werden diesen Kreisen heimgezahlt werden. Die Gewerkschaften werden auch die Zeit der Werkertarife benutzen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder so zu regeln, wie das erforderlich ist. Die wichtigste Voraussetzung ist jedoch, daß wir allerorten bestrebt sind, die Macht der Gewerkschaften zu stärken. Nur dadurch können wir drohenden Gefahren erfolgreich begegnen.

Keine Doktor-Eisenbart-Kuren!

Prof. Dr. Erik Nölting

Ueber den Horizont der Wirtschaft ist ein neues Schlagwort emporgetaucht: Brechung der Zinsknechtschaft. Mehr als 10 Millionen Menschen, in deren Ohr die neue Lösung drang, erblicken in dieser Forderung den Ausweg aus der grauenvollen Wirtschaftsnot dieser Tage. Oekonomische Verelendung erzeugte noch immer Empfängnisbereitschaft für neue Lehren. Neben der Arbeiterschaft, für die der Kapitalismus seit je ein Wirtschaftssystem chronischen Drucks bedeutet, sind es diesmal besonders die zwischen Proletariat und Großbürgertum lebenden kapitalistischen Zwischenschichten, die von der knöchernen Hand der Wirtschaftskrise geschüttelt werden. In normalen Zeiten pflegen diese Kreise ein der Politik und der wirtschaftlichen Problematik abgewandtes Leben zu führen; nun aber sind auch sie von dem Flackerbrand sozialer Unruhe ergriffen, verdammt zu sozialer Wandschaft mit dunklen und verhängten Zielen, und manche unter ihnen sind, so sehr sie sich noch aufbäumen mögen gegen den unerbittlichen Schicksalsschlag, Wanderer ins Nichts. Aber noch empfinden sie die über sie verhängte Proletarisierung nicht als Schicksal, sondern als Schicksalsschlag. In ein Schicksal fügt man sich, gegen einen Schicksalsschlag bäumt man sich auf. Ein Schicksal sucht man in seinen Ursachen und Gesetzmäßigkeiten zu begreifen, für einen Schicksalsschlag sucht man den Schuldigen. Daweslasten und Youngtribute, Dolchstoß und marxistische

Mißwirtschaft, Judenherrschaft und demokratisch-parlamentarischer Staat sind die Zielscheiben, auf die Verzweiflung und ohnmächtige Wut heute die Pfeile richten. Mag der Wissende die mit wilder Empörung geschleuderten Anklagen als Falschbuchungen und historische Falschmünzerei erkennen, wann hat die erste Form sozialer Rebellion jemals den wahrhaft Schuldigen getroffen?

Ist man ungerecht in der Anklage, so ist man zugleich wundersüchtig im Glauben. Aus dem allgemeinen Gefühl, daß es „so nicht weitergehen kann“, ergibt sich zugleich der Zwang und Wunsch, neue, noch unbetretene Wege zu gehen. Jede Erlösungslehre, die noch nicht abgegriffene und unvernutzte Formeln zu bieten vermag, gewinnt in dieser Situation sofort eine magisch-suggestive Kraft. Priestertum wird immer leicht geboren, wo ziellose Glaubensinbrunst schwelt. Man brauchte nur die Parole von der Brechung der Zinsknechtschaft herauszugeben, ein weittragendes Echo war ohne weiteres vorhanden. Not lehrt nicht nur beten, sondern auch schreien, sie wirkt immer als Lautverstärker.

Die neue Formel hat zudem noch andere Vorzüge: Sozialisierung der Produktionssphäre ist ein komplizierter und in vieler Hinsicht unanschaulicher Begriff. Private Eigentumsinstinkte wecken Abwehrvorstellungen, man erlebte es bei dem Kampf um die Fürstenabfindung. Beim Stahltrust fängt es an, aber vielleicht wird es enden beim eigenen Kanin-

chenstall? Die Preisgabe einer gesamten Wirtschaftsordnung bleibt stets ein Sprung ins Dunkle. Es entspricht der Uebergangsstimmung dieser erst an die Proletarisierung grenzenden Zwischenschichten, daß man noch nicht bereit ist, den gesamten Kapitalismus, seine Eigentumsordnung und seinen Klassenaufbau, preiszugeben, wohl aber sind die geweckten antikapitalistischen Stimmungen schon stark genug, gewisse kapitalistische Außenforts zu berennen und sie im Bewußtsein zu opfern. Dem Kleinbürger von gestern sind Fabrik, Lohnknechtschaft, vergesellschafteter Produktionsmittelbesitz noch fernabliegende Tatsachen. Aber das den Zwerghändler bedrängende Warenhaus, der die Kundschaft abziehende Konsumverein, die zinsfordernde Bank — das sind bereits Realitäten, deren atembeklemmende Nähe man verspürt. Im Schatten der kapitalistischen Kleinunternehmung ließe sich auch weiterhin leben; hier sind für den Handwerksmeister und den Angestellten noch nicht alle Selbständigkeitschancen verloren, aber die vergesellschaftete Mammutunternehmung läßt keine Hoffnung. Ueber die private Kapitalmacht längst hinausgewachsen, arbeitet sie mit jenem „fluchwürdigen Leihkapital“, in dem man den Feind erkennt. Die anrühige Personalunion von Fabrik und Geldschrank ist deshalb abzulösen. Im kapitalistischen Buschgehölz wird man sich schon einzurichten wissen, aber der Hochwald muß umgelegt werden. Im Hintergrund des Bewußtseins lebt ein bauernwirtschaftlich-kleinunternehmerisches Deutschland, dessen soziale Struktur der eigenen Lebenssituation entsprechen würde. Man vernichtet den Feind am besten, indem man die ökonomischen Grundlagen zerstört, auf denen er lebt. Daß unsere moderne Technik eine bestimmte Großdimensionalität der Betriebe zwangsläufig erfordert, daß man keine „Hochöfen“ bauen kann und daß Leunabenzin nicht in Kleinbetrieben produzierbar ist, daß wir mit der Rückkehr zur Butzenscheibenromantik unsere ganze Exportwirtschaft preisgeben müßten, läßt man sich nicht weiter anfechten. Der Wirtschaftsidealismus des Nationalsozialismus ist ein starker Schuß von Utopie beigemischt.

Brechung der Zinsknechtschaft ist die große Rahmenformel. Die Menge verharrt gern in der uferlosen Weite der Schlagworte. Für die näher Interessierten wird erläutern hinzugesetzt, daß die generelle Forderung drei spezielle Maßnahmen umschließt: die Spezialisierung des Großbankkapitals, die gesetzmäßige Festlegung des Zinsfußes auf 4 % und die Herausgabe des sogenannten Federgeldes. Der angehängte Kampf gegen die Börse entspricht wohl weniger einer klaren nationalökonomischen Erkenntnis als dem weniger klaren Verlangen nach einem antisemitischen Racheakt.

Die Konsequenzen darzulegen, die sich aus der Erfüllung der beiden ersten Forderungen ergeben würden, muß einer besonderen Abhandlung vorbehalten bleiben. Hier kann nur grundsätzlich bemerkt werden, daß Geldkapital gleichsam Kapital in gasförmigem Zustande ist, daß es sich leichter als anderes jedem Druck zu entziehen vermag, den man gegen es ansetzt. Die sich auf eine einzige Bank oder eine Gruppe von Großbanken beschränkende Sozialisierung würde lediglich zu einer Umleitung des Kapitalflusses führen. Außerdem kommt für die geplante Verstaatlichung doch wohl nur das Eigenkapital der Banken in Frage, das gegenüber dem eingelagerten Fremdkapital nur einen bescheidenen Bruchteil ausmacht. Die Verstaatlichung der Banken hat nur dann einen vernünftigen Sinn, wenn sie ein Glied in der Kette umfassender Sozialisierungsaktionen darstellt. Nur wenn man dem Kapitalfluß durch die Entziehung der Banken eine andere Richtung zu geben gewillt ist, indem man die heute nach Profitinteressen gesteuerte Produktionswirtschaft umstellt auf eine am Bedarfsdeckungsprinzip orientierte Gemeinwirtschaft, ist die Sozialisierung des Bankkapitals mehr als eine unnütze und unwirksame Episode.

Die gesetzliche Festlegung des Zinssatzes auf 4 % würde die Einführung eines Höchstpreises bedeuten, der wie jede einseitige Höchstpreisansetzung zu einer schweren Schädigung der Produktion, das heißt in unserm Falle der Kapitalbildung führen müßte. Das Auslandskapital würde noch mehr über alle Devisensperrzäune hinweg aus Deutschland abwandern, der eigene Kapitalaufbauprozess würde ins Stocken geraten, dagegen würde die heimische Kapitalflucht gigantische Ausmaße annehmen und zu den verzweifeltsten Mitteln greifen. Die Nachfrage nach Kapital aber würde bei rückgehendem Angebot auf das stärkste anschwellen, wir würden sehr schnell zu Kreditrestriktionen gelangen, und bei den Bankdirektoren, die damit Herren über Tod und Leben der Wirtschaft würden, läge die Entscheidung, wer den heiß ersehnten Kredit erhält und wer leer ausgeht. Eine reichlich seltsame Bekämpfung des Bankkapitals, die damit endet, daß man in die Hand der Gegner eine unumschränkte Omnipotenz und Willkürmacht übereignet!

bleibt noch die letzte Forderung: die Einführung des aus unserm sonstigen Währungssystem und seinen Deckungsvorschriften herausfallenden „Federgeldes.“ Geld ist, so lehrt der Wirtschaftspragmatiker der nationalsozialistischen Partei, Herr Gottfried Feder, was der Staat kraft seiner Münzhohheit zum Geld erhebt. Es widerspricht der angeblichen Würde des Staates, seine Finanzbedürfnisse durch Bankanleihen zu befriedigen. Er kann als oberstes Hoheitswesen soviel Geld schaffen, wie immer ihm beliebt. Nur muß er dafür wirtschaftliche Werte erstellen, da sonst, wie auch der Nationalsozialismus zugibt, eine neue Inflation in sicherer Erwartung steht. Er soll zum Beispiel ein Wohnhaus errichten im Werte von 100 000 Mark und in dem entsprechenden Betrag zinsloses Baugeld herausgeben, was deshalb angeblich keine Gefahr bedeutet, weil die natürliche Deckung durch das zusätzlich in die wirtschaftliche Wertordnung eintretende Gebäude gegeben ist. In dieser Meinung aber sind zwei offenbare Irrtümer enthalten. Das neue Gebäude entsteht nicht aus dem Nichts, sein Gegenwert wird vielmehr dargestellt durch die in ihm investierten Arbeits- und Rohstoffwerte. Sodann: der Summe der Geldwerte steht in der Volkswirtschaft nicht die Summe der vorhandenen Warenwerte gegenüber, vielmehr korrespondieren der Geldumlauf und der Warenlauf. Der Geldumlauf aber vergrößert sich in unserm Falle um die 100 000 Mark Federgeld, die man in den Zirkulationsprozeß der Wirtschaft begibt. Der Warenlauf aber steigt nur um jene 8000 Mark Miete, die das Haus im ersten Jahre abwerfen mag. So steht einem um 8000 Mark vermehrten Warenlauf ein um volle 100 000 Mark gewachsener Geldumlauf gegenüber, ein Schulbeispiel für eine typische Inflation. Denn die verausgabten 100 000 Mark Federgeld, die Arbeiter in Gestalt von

Löhnen, Rohstofflieferanten und Unternehmer in der Form von Warenpreisen erhalten, bleiben natürlich nicht in den Taschen der Empfänger, sie werden weitergegeben und zirkulieren künftig in der Wirtschaft. Das „Dritte Reich“ würde somit ein toller Inflationsladen werden. Außerdem, wie will man das Federgeld in den noch immer auf Golddeckung aufgebauten internationalen Zahlungsverkehr einfügen? Das Wesen der Goldwährung beruht auf der Eigenschaft des Goldes, daß Gold die einzige Ware ist, die in allen Ländern mit Goldwährung einen gesetzlich festgelegten Ankaufs- und Verkaufspreis hat. Goldzahlungsmittel selbst können unsichtbar bleiben, sie brauchen nicht selbst zu zirkulieren, es muß nur ein gewisses Beziehungsverhältnis zwischen Gold und Umlaufmitteln vorhanden sein. Im Verkehr der Länder untereinander aber bleibt das Gold auch direktes Zahlungsmittel. Die Passiven der Zahlungsbilanzen werden mit Gold auch heute noch ausgeglichen. Denn Gold ist die einzige Ware, die stets angenommen wird wegen ihrer Wertbeständigkeit und durchgängigen Verwertbarkeit, so daß beim Gold kein Verlustrisiko gegeben ist. Beim gegenwärtigen Stande der Weltwirtschaft ist die metallische Grundlage jedenfalls noch nicht zu entbehren, wir brauchen einen Währungsmaßstab von internationaler Geltung. Es ist kein Zufall, daß unser Hartgeld aus Gold und Silber den Kaufkraftschwund der Mark während der Inflation nicht mitgemacht hat. Daß Goldgeld zugleich auch Ware ist von höchst konstantem Wert, bewirkt seine Sicherung. Uebrigens würde, wenn man sich auf die Experimente mit dem Federgeld einließ, genau wie in der Inflation nach dem bekannten Greshamschen Gesetz das schlechtere Geld bald das bessere verdrängen. Die breiten Volksmassen müßten sich mit dem inflatierten Geld begnügen, während im Großverkehr die goldgeschützten Devisen umlaufen würden und der Dollar wieder in die Höhe kletterte. Wodurch unterscheidet sich übrigens das Federgeld von dem durch manche Fabrikleitungen während der Inflation verausgabten Industriegeld, für das doch auch produktive Werte als Deckung vorhanden waren und das doch den Sturz in den Abgrund nicht aufhielt? Warum gab das seinerzeit unter nationalsozialistischer Führung stehende Thüringen für den Bau des Sperrwerkes an der Obersaale kein Federgeld heraus, warum suchte man das Unternehmen mühsam durch einen Borg bei der Preußischen Preag und bei der Mitteldeutschen Bank in Magdeburg zu finanzieren? Es ist wohl zu vermuten, daß man praktisch doch ein Haar in der Suppe gefunden hat.

Im Gebiete der Politik wimmelt es derzeit von Wunderdoktoren seltsamster Art. Um so dringlicher aber ist das Gebot, sie wenigstens von dem Gebiete der Wirtschaft fernzuhalten. Entstehen hier noch weitere Risse und Sprünge, so stürzt das ganze Gebälk.

Das soll Arbeitsbeschaffung sein?

Die Regierung der Papenheimer hat einige Mittel für Zwecke der Arbeitsbeschaffung bereitgestellt! Um es vorweg zu sagen: es handelt sich um eine so lächerlich geringe Summe, daß damit noch keine 100 000 Arbeiter auf einige Monate beschäftigt werden können. Großzügig, wenn es gilt, den Einfluß der Republikaner in Reich und Ländern zu unterbinden, kleinlich und zaghaft, wenn das Wohl der arbeitenden Bevölkerung auf dem Spiele steht! Nach diesen Grundsätzen regiert die gegenwärtige Regierung von Hitlers Gnaden.

Betrachten wir nur einmal das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ der Papenheimer.

Die nach der Notverordnung vom 15. Juni 1932 auszuführenden, auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der Wasserwirtschaft liegenden öffentlichen Arbeiten werden in der Hauptsache mit Hilfe der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. (Oeffa) finanziert. Der von der Oeffa zu beschaffende Betrag beläuft sich auf insgesamt 110 Millionen

Reichsmark. Hiervon entfallen 50 Millionen Reichsmark auf den Bau von Landstraßen.

Für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung werden den beteiligten Unternehmerfirmen Akzeptkredite bis zum Gesamtbetrage von 50 Millionen Reichsmark gewährt. Die Wechsel werden von den Unternehmern ausgestellt, von der Oeffa akzeptiert und von der Deutschen Bau- und Bodenbank AG. diskontiert. Der Kredit wird nach viermaliger Drei-Monats-Prolongation spätestens nach 15 Monaten aus Reichsmitteln abgedeckt werden. Die Diskontspesen und sonstigen Unkosten trägt das Reich.

Die für den Straßenbau gewährten Kredite werden den wegeunterhaltungspflichtigen Verbänden, insbesondere den deutschen Ländern und preussischen Provinzen gewährt und für die Gebietsteile der Träger in Anlehnung an den Verteilungsschlüssel der Kraftfahrzeugsteuer und unter Berücksichtigung der arbeitsmarktpolitischen Lage bereitgestellt. Der Zinssatz beträgt 5 %. Die

Laufzeit ist der Lebensdauer der Straßen angepaßt. Sie liegt zwischen 8 und 20 Jahren. Auch diese Darlehen werden auf Wechselgrundlage vorfinanziert. Die Papiere werden von den Unternehmerfirmen ausgestellt, von der Oeffa akzeptiert und bei einem unter Führung der Reichskreditgesellschaft AG. stehenden Bankenkonsortium diskontiert.

Ein Teil von etwa 25 % soll das Giro von Baustofflieferanten tragen. Die Wechselkredite werden nach viermaliger Drei-Monats-Prolongation, spätestens nach 15 Monaten seit Inanspruchnahme, abgelöst. Das Reich wird der Oeffa die zur Einlösung der Wechsel erforderlichen Beträge zur Verfügung stellen.

Die Einreichung der Anträge, Bewilligung der Einzelkredite und Auszahlung der Raten wird sich bei weitgehender Vereinfachung des Instanzenweges etwa wie folgt gestalten: Die Anträge werden der Oeffa bei der ersten Gruppe der Arbeiten durch den Reichsverkehrsminister, bei der zweiten Gruppe von den wegebaupflichtigen Trägern eingereicht. Hiermit wird gleichzeitig das Verfahren wegen Bewilligung von Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Gang gesetzt. Die Entscheidung beider Stellen wird gleichzeitig getroffen und den Trägern durch die Oeffa übermittelt. Bei den Straßenbauten werden die Bedingungen in Schuldurkunden festgelegt, die von den Trägern zu vollziehen sind. — Neben den wirtschaftlichen und technischen Verhältnissen werden in jedem Falle Unterlagen über die Finanzierung der Objekte verlangt. Die Zahlungsfähigkeit der Unternehmer, die für die Vorfinanzierung Wechsel ausgestellt haben, wird nach bankmäßigen Grundsätzen geprüft. Bei den Straßenbaukrediten werden außerdem über die wirtschaftliche Lage der Träger Unterlagen, wie Vermögensübersicht, Haushaltsplan usw., angefordert.

Die Zahlungen werden entsprechend dem Baufortschritt und gemäß den Bauverträgen in einem vereinfachten Verfahren von der Oeffa geleistet, die zusammen mit ihren Darlehensraten, auch die von der Reichsanstalt entfallenden Beträge überweist. Die Arbeiten werden in der Hauptsache als Notstandsarbeiten, in geeigneten Fällen auch im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes, durchgeführt. Die von der Reichsanstalt zu gebenden Mittel werden, abweichend von den bisherigen Vorschriften, die nach einem festen Anteil der Gesamtkostensumme abzüglich der Kosten für Planung, Bauleitung und Grunderwerb bemessen.

Alle Arbeiten sind sämtlich an Unternehmer zu vergeben. Bei größeren Arbeiten soll darauf Bedacht genommen werden, daß durch hinreichende Unterteilung der Lose eine möglichst große Zahl von Unternehmern berücksichtigt wird. Für größere Bauvorhaben sollen Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, wobei die in der betreffenden Gegend ansässigen Firmen tunlichst herangezogen werden sollen.

Die Vorbereitungen zur Durchführung des von der Reichsregierung beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprogramms auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft und des Straßenbaues sind bereits in vollem Gange. Für Maßnahmen der Reichswasserstraßenverwaltung wurden die ersten Projekte in einem Gesamtkostenbetrage von 3 800 000 Mark inzwischen schon bewilligt. Hierfür wurden von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten Darlehen im Gesamtbetrage von rund 3 100 000 Mark und von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Zuschüsse in Höhe von 430 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Bei den geförderten Projekten handelt es sich unter anderem um neue Lose des Mittelkanals. Außerdem wurde der Antrag eines Landes auf Gewährung von Straßenbaukrediten verabschiedet. Für diese Maßnahme ist ein Betrag von 420 000 Mark vorgesehen, von dem 357 000 Mark auf die Deutsche Gesellschaft und 63 000 Mark auf die Reichsanstalt entfallen.

Des weiteren hat die Deutsche Gesellschaft für Notstandsmaßnahmen in den Ländern Preußen und Bayern im Rahmen ihres laufenden Programms neuerdings

einen Betrag von rund 2 000 000 Mark bewilligt. An der Finanzierung dieser Arbeiten ist die Reichsanstalt ihrerseits mit Zuschüssen in Höhe von weiteren 900 000 Mark beteiligt. Auch mit diesen Beträgen werden in erster Linie Straßenbauten, daneben auch Brückenbauten und Kanalisationsbauten gefördert. Die Stadt Berlin hat hiervon, einschließlich der Zuschüsse der Reichsanstalt, einen Betrag

von rund 2 025 000 Mark erhalten, der für Erweiterung des Leitungsnetzes der Stadtentwässerung und für Fertigstellung von Tunnelrestarbeiten verwendet wird. Insgesamt sind somit für zusätzliche Arbeiten von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung rund 6 500 000 Mark zur Verfügung gestellt worden.

Die Arbeitszeitverkürzung als internationales Problem

Auf der in der Zeit vom 5. bis 8. Juli in London abgehaltenen Tagung der Internationalen Vereinigung für Sozialistischen Fortschritt wurde neben anderm auch das Problem der Verkürzung der Arbeitszeit auf internationaler Basis behandelt. Berichterstatter war der frühere tschechische Arbeitsminister Dr. Winter. Er ging in seinem Referat nach der „Sozialen Praxis“ Nr. 31 davon aus, daß die fortschreitende Technik eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, wenn sie nicht zu dauernder Freisetzung zahlreicher Arbeitskräfte führen sollte. Auf die von der Vereinigung versandten Fragebogen haben nur sechs Landesektionen, die belgische, britische, bulgarische, deutsche, finnische und tschechische geantwortet. Vorbehaltlos für eine Verkürzung der Arbeitszeit sprechen sich nur die bulgarische und tschechische Sektion aus. In Deutschland haben Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände einen einander entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Die belgische Sektion schließt sich der Resolution des Internationalen Arbeitsamts an. Finnland vermag die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht anzuerkennen. Die britische Gruppe ist allenfalls für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf der Grundlage der Fünftagewoche. Für die Fünftagewoche erklären sich ferner die bulgarische und tschechische Gruppe und die deutschen Arbeit-

nehmer. Von der tschechischen Gruppe werden als geeignete Industriezweige vorgeschlagen die Eisen-, Kohle-, Textil-, Glas-, Leder-, Bau-, graphische und chemische Industrie. Die zweitägige Aussprache zeigte eine große Verschiedenheit der Ansichten über diese Frage. Der eingesetzte Arbeitsausschuß faßte seine Ansichten in einer Entschließung zusammen. Er schlägt unter anderm vor, der nächste Kongreß wolle erklären: 1. daß die Herabsetzung der Arbeitszeit eines der hervorragenden Mittel ist, um die Arbeitsmöglichkeit auf eine größere Zahl von Lohnempfängern zu verteilen; 2. daß derjenigen Entschließung der 16. Arbeitskonferenz besondere Bedeutung innewohnt, die den Verwaltungsrat des IAA. ersucht, die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche mit dem Ziel zu studieren, eine internationale Regelung baldmöglichst zu erreichen. Der Arbeitsausschuß ersucht schon jetzt die Landesektionen in ihrem Wirkungskreis die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Arbeitszeit zu propagieren und darauf hinzudrängen, daß sie vorgenommen wird. Zur Erleichterung der Vorarbeiten des IAA. schlägt der Arbeitsausschuß den Landesektionen vor, im Vernehmen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Voraussetzungen für eine Arbeitszeitverkürzung in bestimmten Gewerben zu untersuchen.

Was amerikanische Gewerkschaften berichten

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise machen sich auch in der Neuen Welt in erschreckendem Maße bemerkbar. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sind ungefähr 10 Millionen Menschen ohne Arbeit. Es ist typisch, daß auch dort der Kapitalismus mit den gleichen Methoden wie in Europa die Situation retten will. Lohnsenkung ist auch in Amerika die Losung der Unternehmer. Wie die amerikanischen Gewerkschaften zu den Fragen der Gegenwart stehen zeigt eine Abhandlung, die wir „The Bakers' Journal“, dem Organ der Bäcker-Gewerkschaft, entnehmen. Das Blatt schreibt:

„Die Errungenschaften der organisierten Arbeiter sind während der letzten zwei Jahre Wandlungen unterzogen worden, die einen empfindlichen Schlag im Kampf für die Verbesserung der Arbeitslage bedeuten.

Für die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen sind diese zwei Jahre zu einer Periode der härtesten Kampfproben geworden, die an Erbitterung und Enttäuschungen mehr als das gewöhnliche Maß unseliger Erfahrungen in sich tragen. In fast grauenerregender Weise unterordneten sich die unorganisierten, in versumpftem Gleichmut dahinlebenden Massen den willkürlichsten Maßregeln des Unternehmertums, die in allen Einzelheiten auf eine vollständige Niederwerfung organisierter Macht hinczielten. Lohnverkürzungen mit darauffolgender Arbeitszeitverlängerung wurden zu Barrikaden der Unternehmer, an denen jeder Widerstand oder jede aufflackernde Unzufriedenheit zertrümmert werden sollte.

Mit einer Gewissenlosigkeit, die einzig durch raffinierte Spitzfindigkeit übertröffen worden ist, sind schließlich die ausgebeuteten und ausgehungerten Massen der unorganisierten Arbeiter als Stoßtrupp gegen Lohn- und Arbeits-

verhältnisse gebraucht worden, die unter dem Schutzbollwerk der Organisation den gewaltsamen Forderungen der Unternehmer in der Verschlechterung der Arbeitslage standhalten konnten.

Angesichts solcher Vorkommnisse erscheinen die Rückschläge, die in den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erleiden waren, mehr erklärlich, als irgendwelche andere schädliche Einwirkungen des bestehenden Organisationssystems, das den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter gewidmet ist.

Im Bereiche unseres Verbandes allein können unzählige Beispiele angeführt werden, die Zeugnis für die Wahrheit der hier aufgestellten Behauptung ablegen, daß in den Kreisen der unorganisierten Arbeiter selbst seitens der Unternehmer das Material zur Verelendung der Arbeitslage und Bekämpfung organisierter Bestrebungen gesucht und gefunden worden ist.

Im Kampfe aufstrebender Macht rings um sich selbst unter normalen Wirtschaftsverhältnissen der Indifferentismus „der Feind, den wir am tiefsten hassen“. In Zeitperioden, wie der gegenwärtigen, wo aktive Kraft der Organisation unter ökonomischen Rückschlägen empfindlich getroffen wird, kann sich Indifferentismus zur wuchtigsten Gebrauchswaffe des organisierten Kapitals gegen die organisierte Arbeit entwickeln, und dies ist auch vollinhaltlich geschehen.

In nicht einzelnen Fällen äußerster Notwendigkeit mußte die Instandhaltung der Organisation zum obersten Gebot im Kampfe gegen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse gemacht werden, ein Opfer heroischer Prinzipientreue und gewerkschaftlicher Organisationsloyalität.

Die Lehren, die aus den Vorkommnissen und Erfahrungen der gegenwärtigen Zeitperiode einer nicht enden wollenen Depression gezogen werden können,

sind so mannigfaltiger und warnender Natur, daß eine allgemeine Zusammenfassung in einen einzigen Artikel kaum den Bedingungen eingehender Erörterung Rechnung tragen kann.

Ereignisse verschiedener Art erfordern Schlußfolgerungen aus diesen Beschlüssen zu ziehen, die sich mit den gegenwärtigen Verhältnissen decken und den Mitgliedern Ursachen von Handlungen nahelegen, die unter dem Drucke der existierenden Wirtschaftslage nicht zu umgehen waren. Wir haben uns derselben anpassen müssen und angepaßt. Hoffen wir nur, daß unsere Arbeitgeber und das konsumierende Publikum im allgemeinen diese Tatsache auch einsehen und schätzen werden, falls ein ökonomischer und industrieller Aufschwung einsetzen sollte. Die organisierten Arbeiter haben mehr als ihr Teil der Lasten auf sich genommen und sie sind zur Erleichterung

Der freiwillige Arbeitsdienst „endgültig“ geregelt

Die Fachminister erhielten durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 die „Ermächtigung“, geeignete Maßnahmen zur Förderung der Arbeitsbeschaffung und des freiwilligen Arbeitsdienstes zu treffen. Von der Ermächtigung wurde zwar Gebrauch gemacht, aber die neue Regelung ist nach unserer Auffassung von sehr wenig Fachkenntnis zur Linderung der allgemeinen Wirtschaftsnot getragen. Durch den freiwilligen Arbeitsdienst wird man nicht mal im entferntesten die Notlage der jugendlichen Arbeitslosen zu lindern in der Lage sein. Wie die endgültige Regelung des freiwilligen Arbeitsdienstes für die Praxis aussieht, geht aus nachfolgendem Auszug aus den Ausführungsvorschriften des Reichsarbeitsministers hervor:

Als Förderung wird für den Arbeitsdienstwilligen ein Betrag von höchstens zwei Reichsmark wochentäglich bis zur Dauer von 20 Wochen innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren gewährt. Bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten kann die Förderungsdauer bis zu 40 Wochen verlängert werden. Während der Förderung erhält der Arbeitsdienstwillige weder versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung noch Krisenunterstützung. Die Förderungszeit wird auf die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge nicht mehr angerechnet.

Die Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst müssen gemeinnützig sein. Eine Arbeit, die unmittelbar nur einem beschränkten Personenkreis zugute kommt, gilt aber auch als gemeinnützig, wenn die Allgemeinheit ein wesentliches Interesse an der Ausführung hat.

Die Leitung und Durchführung des gesamten Freiwilligen Arbeitsdienstes liegt in der Hand des Reichskommissars. Zu seinen Aufgaben gehört auch, für die Auswahl und Schulung von Führern zu sorgen. Der Reichskommissar und die Bezirkskommissare haben Personen, Vereinigungen und Einrichtungen, die besondere Erfahrung im Freiwilligen Arbeitsdienst haben, zur beratenden Mitwirkung heranzuziehen. Ob eine Arbeit

berechtigt, sobald solche möglich ist. Wir haben Opfer gebracht und Verluste erlitten, vielleicht mehr als irgendwelche andere Interessenten, und wir werden jeden nur möglichen und erdenklichen Versuch zur Zurückgewinnung machen, sobald sich hierzu die Gelegenheit bietet.“

Diese Schilderungen beleuchten alle die Schwierigkeiten, die sich der Gewerkschaftsarbeit in Amerika entgegenstellen. Ist es bei uns nicht genau so? In allen Ländern der Welt stöhnt das Proletariat unter der Last einer Wirtschaftskrise von nie gekanntem Ausmaß. Hier wie dort sind es die Arbeiter, die alle Widerwärtigkeiten einer kapitalistischen Weltordnung zu spüren bekommen. Das darf nicht ewig so bleiben! Eine neue, planvolle, sozialistische Welt muß errichtet werden. Nur dann geht es dem Arbeiter besser.

im Freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt werden kann, bestimmen die Bezirkskommissare. Die Vorsitzenden der Arbeitsämter entscheiden über die Förderung des einzelnen Arbeitsdienstwilligen. Sie handeln hierbei als Beauftragte des Bezirkskommissars.

Aus der Krankenversicherung erhalten die Arbeitsdienstwilligen Krankenpflege für ihre Person, gegebenenfalls Krankenhauspflege. Arbeitsdienstwillige, die vor ihrem freiwilligen Arbeitsdienst pflichtversichert waren, haben Anspruch auch auf Familienkrankenpflege. Die Krankenkassenbeiträge werden aus Mitteln des Freiwilligen Arbeitsdienstes bestritten. Eine Aenderung bringt die Neuregelung gegenüber den bisherigen Bestimmungen bei der Unfallversicherung. Diese ist auch auf Unfälle bei Sport und bei Dienstleistungen im Arbeitslager ausgedehnt worden. In allen Fällen, in denen das Reich, die Länder und Gemeinden als Träger der Arbeit selbst Träger der Unfallversicherung sind, tritt an die Stelle der verschiedenen Berufsgenossenschaften, die bisher je nach der Art der Arbeit zuständig waren, eine einzige Berufsgenossenschaft oder deren Zweiganstalt. Als solche ist die Zweiganstalt der Tiefbauberufsgenossenschaft bestimmt. Die Vergütung beträgt wochentäglich zwei Reichspfennig für den Arbeitsdienstwilligen und fällt dem Träger der Arbeit zur Last.

Für Arbeitsdienstwillige, die vorher in der Arbeitslosenversicherung, in der Krisenfürsorge oder als Wohlfahrts-erwerbslose in der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind, ist Vorsorge getroffen, daß ihre Anwartschaften in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Pensionsversicherung aufrechterhalten werden.

Arbeitsdienstwillige, die bei volkswirtschaftlich wertvollen Arbeiten beschäftigt werden, können verzinsliche Gutschriften für Siedlungszwecke im Reichsschuldbuch in Höhe von 1,50 M wochentäglich erhalten.

Die Ausführungsvorschriften treten am 1. August 1932 in Kraft.

Was haben wir zu verlieren?

Als Marx und Engels das kommunistische Manifest schufen, herrschte in Deutschland noch der Absolutismus. Keinerlei Schutz, außer einem geringen Kinderschutz aus militärischen Gründen, besaß die Arbeiterschaft. Der industrielle Kapitalismus steckte in Deutschland noch in seinen Anfängen, während in England die industrielle Entwicklung schon eher begonnen hatte. Das Proletariat wurde in dieser Zeit noch in allen Ländern unter starkem politischen und wirtschaftlichen Druck gehalten. Unter diesen Verhältnissen entstand 1847 das kommunistische Manifest als Programmschrift, an deren Ende zwei Sätze stehen, die heute von politischen Scharlatanen mißbraucht werden. „Die Proletarier haben nichts in ihr (der damaligen Gesell-

schaftsordnung) zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben aber eine Welt zu gewinnen.“ Mit der Anwendung dieser Sätze will man beweisen, daß die Arbeiterschaft nichts errungen habe, und daß die gesamte Arbeiterbewegung bisher ein Fiasko gewesen sei. Bei der Anwendung dieser Sätze halten sich die Pseudomarxisten an den Buchstaben dieser Programmschrift und fragen nicht, ob sich das Bild der Gesellschaft in der Zwischenzeit geändert hat. Diese Fragestellung bedeutet kein Abweichen von marxistischen Theorien. Marx und Engels sagen vielmehr schon in ihrer Vorrede von 1872, daß dieses Programm stellenweise veraltet ist. Um wieviel mehr trifft das heute zu. Sein historischer Wert, und sein Wert als Exposé der ka-

pitalistischen Gesellschaft bleibt trotzdem bestehen. Es kommt mir im folgenden darauf an, zu zeigen, daß wir von dieser Welt, die wir zu gewinnen haben, schon ein gutes Stück erreicht haben. Wir sind aber drauf und dran, es wieder zu verlieren. Zusammenhalt, Einigkeit und Kampfstellung ist notwendiger denn je. Aus dem Errungenen ist schon manches herausgebrochen. Sorgen wir dafür, daß wir den Rest nicht noch verlieren, sondern das verlorene zurückholen und weiterbauen.

Mannigfaltiger Art sind die Errungenschaften, die von der Arbeiterschaft zu verteidigen sind. Denken wir an den ältesten Teil des Arbeitsrechts, das Arbeitsschutzrecht, so erkennt man den Fortschritt gegenüber dem Jahre 1847. Die Gewerbeaufsicht, oder wie sie in den Forderungen zur 1848er Verfassung hießen, die Gewerbeinspektionen, haben auf die Gestaltung des Arbeitsplatzes und damit auf die gesundheitliche Lage der Arbeiterschaft segensreich gewirkt. Können wir uns heute noch ein Bild von den Zuständen der damaligen Zeit machen? Schwerlich lassen sich heute in Deutschland solche Zustände nachweisen. Die Schrift Friedrich Engels „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ trifft, wie Engels selbst einmal sagt, auch auf Deutschland zu. Diese Schrift gibt uns das Bild der damaligen Zeit. Vergleichen wir die Arbeitszeit, so steht einer Arbeitszeit von 14 und 16 Stunden täglich eine solche von 8 Stunden heute gegenüber. Das bedeutet nicht nur Hebung der gesundheitlichen Lage der Arbeiterschaft, sondern das ermöglicht überhaupt erst die Kulturbewegung der Arbeiterschaft in allen ihren Zweigen. Aus einer Unzahl von Verordnungen und Gesetzen besteht das Netz, das den Arbeiter vor allen Gefahren seines Berufs schützen soll. Sie sind nicht aufzuzählen.

Fast für alle Wechselfälle des Lebens wird dem Arbeiter Schutz zuteil. Entweder in Form einer Versicherung oder Fürsorge. Angefangen von der Krankenversicherung, ohne deren Bestehen es heute dem überwiegenden Teil der Arbeiterschaft nicht möglich wäre, für sich und seine Angehörigen Arzt und Arzneihilfe zu beschaffen. Es ist der heutige Zustand durchaus nicht als Ideal anzusehen. Die Unfall- und Invalidenversicherung, die in der Nachkriegszeit in großem Umfang verbessert worden ist, gehört mit zu den Lebenssicherungen, um die uns die ausländische Arbeiterschaft heute noch beneidet. Nicht vergessen werden darf die Arbeitslosenversicherung, von der wir heute leider nur noch ein Zerrbild besitzen. Gerade die Arbeitslosenversicherung hat verhütet, daß die arbeitslose Arbeiterschaft als industrielle Reservearmee das Lohnniveau des deutschen Arbeiters auf das des chinesischen Kulis herabdrückte. Deshalb auch der Hauptsturm der reaktionären Arbeitgeber auf diese Versicherung. Wir wollen auch nicht vergessen, daß die Arbeitslosenunterstützung 1918 von den Volksbeauftragten der Arbeiterschaft eingeführt wurde.

In diesem Zusammenhang sei auch auf das Fürsorgewesen verwiesen, das Deutschland mit einem Netz von Fürsorgeverbänden überzieht. Alle Hilfsbedürftigen sollen von ihnen betreut werden. Der gegenwärtige Zustand im Fürsorgewesen ist eine Folge der politischen Machtverhältnisse und der finanziellen Schwierigkeiten. Mit der Armenfürsorge der Vorkriegszeit hat sie nichts zu tun. Die Unterstützten der Fürsorge verlieren ihre Staatsbürgerrechte nicht. Zur Zeit des kommunistischen Manifestes waren Hilfsbedürftige nur auf die christliche Armenfürsorge angewiesen. Die Kirche betreute eben auch nur die ganz ergebenden Anhänger.

Die Sicherung und Normierung des Arbeitslohns durch den Tarifvertrag ist ein so ungeheurer Einbruch in die wirtschaftliche Vormachtstellung des Arbeitgebers, daß damit der Grundpfeiler des Unternehmertums erschüttert wurde. Deswegen auch der Wunsch der Arbeitgeber auf Beseitigung des Tarifrechts. Den Vorgesmack einer tarifrechtslosen Zeit haben wir bereits, wenn wir die Lohnabbauverfahren der Arbeitgeber be-

trachten. Der Wert des Tarifrechts läßt sich nicht mit dem Hinweis auf einen schlechten Tarifvertrag herabsetzen. Letztere sind keine Folgen eines schlechten Tarifrechts, sondern die Folge des geschwächten gewerkschaftlichen und politischen Einflusses der Arbeiterschaft. Auch die Rechte der Arbeiterschaft im Betriebe sind umfangreich. Die Arbeit unserer Betriebsräte kann sich sehen lassen. Ein Zustand, den sich bereits die Arbeiterschaft von 1848 in ihrem Verfassungsentwurf erstrebte.

Nicht vergessen werden dürfen die politischen Rechte. Die Selbstbestimmung des Volkes im demokratischen Staat ist die Staatsform, in der sich alle Kräfte entfalten können. Die Arbeiterschaft hat es leider nicht verstanden, unter diesem „System“ ihren Organisationen die Macht zu verschaffen. Es zwingt uns nichts, mit Gewalt glücklich zu werden, wir müssen es uns selbst erringen. Dazu haben auch die Frauen beizutragen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Frauen der Arbeiterbewegung alles zu verdanken haben. Ihre politischen Rechte, wie ihre Stellung als gleichberechtigtes Wesen überhaupt.

Vergleichen wir nach diesem Abriss, der nur ein Auszug sein will, die Lage der Arbeiterschaft von heute mit der von 1848, so muß man feststellen, daß neben der Erweiterung der Rechte auch die materielle Lage der Arbeiterschaft sich gewaltig gehoben hat. In viel größerem Umfang nimmt sie heute an den kulturellen Errungenschaften teil. Die Erkenntnis des Wertes der Errungenschaften schließt nicht die Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Lage mit ein. Es muß noch vieles geschaffen werden, um die Lage der Arbeiterschaft in eine dauernd bessere umzugestalten, ehe wir die sozialistische Gemeinwirtschaft erreicht haben. Dieses hohe Ziel der Arbeiterschaft erreichen wir nicht mit der Zerrümmerung des Errungenen, sondern indem wir es verteidigen und weiterbauen. Karl Marx wollte und konnte keine ewigen Wahrheiten schreiben. Wir arbeiten am besten in seinem Geist, nicht mit Zitaten aus seinen Werken, sondern indem wir das Errungene verteidigen, den Bruderkampf unterdrücken und unsere Kampforganisationen stärken. Die anstürmenden Wellen der Reaktion müssen und werden sich an der eisernen Front der Arbeiterschaft brechen. Und wir werden den Wert der Errungenschaften nicht erst nach dem Verlust ermessen brauchen.

H. G.

Seelische und körperliche Not der Arbeitslosen

Auf der Frankfurter „Internationalen Konferenz für soziale Arbeit“ wurde über das Schicksal der Arbeitslosen in den drei Ländern mit der größten Arbeitslosenzahl, den Vereinigten Staaten, England und Deutschland, berichtet. Das noch verhältnismäßig günstigste Bild bietet England, wo die Arbeitslosenunterstützung trotz ihres Abbaues im Vorjahre noch zum Lebensunterhalt einigermaßen ausreicht und auch andere Hilfsquellen vorhanden sind. Dagegen wurde über das Schicksal der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten ein äußerst trauriges Bild entworfen. Je länger die Krise andauert, um so mehr treten Gesundheitsstörungen, seelische Leiden und Unterernährung der Kinder in Erscheinung. Die Zahl der Eheschließungen und der Geburten nimmt ab, die Selbstmorde nehmen zu. In der Familie entstehen Spannungen. Ehescheidungen kommen infolge der materiellen Schwierigkeiten weniger häufig vor. Der Arbeitslose kann zuerst noch auf seine Sparrücklagen zurückgreifen, dann verkauft er seine Habseligkeiten, später macht er Schulden. — Sind aber seine Hilfsmittel erschöpft, so steht er viel schlechter da als in Ländern, wo die Einrichtung der Arbeitslosenversicherung besteht. Sein Elend steigt dann gewaltig an, er wird verwahr-

lost und zerlumpt. Erschütternd laut der Bericht über die Lage der deutschen Arbeitslosen, deren Gesundheitsverhältnisse sich seit Herbst 1931 in gewaltigem Ausmaß verschlechterten und deren Kinder durch Unterernährung, wie in der Kriegszeit, in ihrer Entwicklung schwer gehemmt sind, ja schwere Schädigungen ihrer Gesundheit zeigen. Die Schwierigkeiten des Familienlebens und auch die seelischen Störungen in der Bevölkerung sind im Steigen begriffen. Mehr als alle Schilderungen enthüllt aber das Elend der Arbeitslosen die von Professor Polligkeit betonte Tatsache, daß nach der letzten Notverordnung durchschnittlich zwei Arbeitslose mit 42,50 Mark im Monat auskommen müssen! Die Konferenzteilnehmer mögen sich nur vorstellen — sagte er —, was es bedeutet, wenn zwei Menschen mit diesem Betrag Nahrung, Kleidung und Miete für einen ganzen Monat bestreiten müssen! Mit Recht hob er hervor, daß die Hauptlast der Not die Mutter und die Frau trifft und es ihr Verdienst ist, wenn die Zustände der Verwahrlosung bisher noch auf ein überraschend geringes Maß beschränkt bleiben und wenn die Not bisher äußerlich nicht so stark sichtbar wurde.

Der Siedlungsgedanke in nationalsozialistischer Ausbeutung

Die Hitlermänner haben bereits vor ihrem öffentlichen Auftreten ihr Hauptaugenmerk auf das Landgebiet gerichtet. Mit Unterstützung der Gutsbesitzer, Großbauern und Junker fingen sie die Landbevölkerung mit dem Hinweis, daß sie imstande seien, der Landwirtschaft die gewünschte Hilfe zu bringen, wenn man sie nur moralisch und finanziell genügend unterstütze.

Bei der Reichspräsidentenwahl sowie bei den Landtagswahlen hat man in Millionen von Flugschriften der Landbevölkerung unter der Behauptung, die Marxisten trügen nur die Schuld an den jeweiligen Zuständen, sie seien gegen die Landbevölkerung eingestellt. Das Blaue vom Himmel herunter wurde versprochen. Leider hatte man mit diesen verlogenen Redensarten unter Anwendung des ärgsten Terrors bei der einseitig verhetzten Landbevölkerung auch zahlenmäßig Erfolg.

In neuerer Zeit kann man feststellen, daß sie auch den Stadtrandsiedlungen ihr Augenmerk zuwandten. Da die Nazi-Jünger unter den Schrebergärtnern keine oder verschwindend wenige Anhänger haben, versuchen sie naziotische Siedler heranzubilden. So hat man in Hamburg am 12. Juli eine Nationalsozialistische Siedlungsgenossenschaft gegründet. Mit dieser will man durch landwirtschaftliche Schulungskurse Siedlern das Gebiet der Erwerbslosen-Stadtrandsiedlungen zu erobern versuchen.

In einen bürgergesellschaftlichen Siedlungsausschuß in Hamburg hat man unter anderm einen Nazi (beruflich Schmiedegeselle) delegiert, der schon früher durch seine verworrenen Redensarten im Plenum der Bürgerschaft oftmals arge Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit aufkommen ließ. In einem Siedlungsausschuß regte der Weisheitsprophet an, man solle einmal eine Besichtigung der bereits fertiggestellten Siedlungshäuser vornehmen, da wolle er den Ausschußmitgliedern himmelschreiende Fehler und Mängel nachweisen. An Ort und Stelle mußte der gute Mann dann offenbaren, daß er auch nicht einmal das Elementarste von Bauarbeit verstehe, da die vermeintlichen großen Fehler sich als die jedem Bauhandwerker geläufigen kleinen Arbeitsnotbehelfe belangloser Art entpuppten.

In der darauffolgenden Sitzung glaubte der Herr Schmiedegeselle seine fachmännischen Unkenntnisse damit zu verdecken, daß er die Behauptung aufstellte, für 2500 Mark ließe sich bestimmt etwas Besseres herstellen, wie, das wußte er

allerdings nicht zu sagen. Zur Erheiterung der übrigen Ausschußmitglieder verlas er dann in seiner Verzweiflung ein Flugblatt, das anlässlich der Bürgerstimmwahl von der Staatspartei unter den Schrebergärtnern verbreitet worden war und dessen Inhalt darauf Bezug nahm, daß die Staatspartei bereits seit 10 Jahren, und nicht erst neuerdings wie die Nazipartei, der Schreber- und Siedlerbewegung große Sympathie entgegengebracht habe. Das paßte den Nazihelden keineswegs. Alles, was im Laufe der Nachkriegszeit und vor allen Dingen während des Aufkommens der Hitlerbewegung in sozialer Beziehung zu nutzen irgendwelcher Gruppen flüssig geworden ist, muß natürlich dem armen Hitlerhirn entsprungen sein, trotzdem es doch so bitter wenig ist.

Aus dem ganzen Verhalten der Nazioten geht aber zweifelsohne hervor, daß man in gerader Linie auf den freiwilligen Arbeitsdienst auch bei den Erwerbslosen-Stadtrandsiedlungen, und zwar in vollkommener Form lossteuert. Daher die Gründung der Siedlungsgenossenschaften und die versuchte Verächtlichmachung der fachmännischen Arbeitsausführungen.

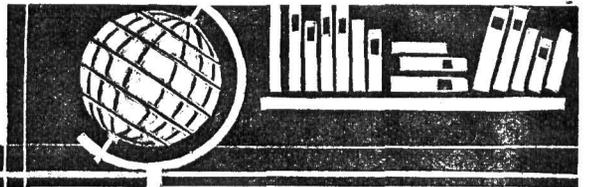
Da siedlungsfähige Erwerbslose in genügender Zahl vorhanden sind, es daher einer nazisozialistischen Ausbildung landwirtschaftlicher Art wirklich nicht bedarf, sieht man, wohin die Reise geht. Diese Genossenschaften sollen nur Brutstätten nationalsozialistischer Kampfmethoden gegen freigesinnte Arbeiter sein. Man wird den Versuch machen, gerade für diesen Zweck Bauarbeiter zu finden, um diese dann für den freiwilligen Arbeitsdienst in Reinkultur zu gewinnen. Gelingt das, dann schafft man sich gleichzeitig nationalsozialistische Siedlungsgemeinschaften, um damit der sozialistischen Arbeiterbewegung Abbruch zu tun. Die Bauhandwerker haben daher alle Ursache, dieser arbeiterfeindlichen Gesellschaft die gebührende Antwort zu erteilen.

Konkurse und Massenkaukraft

Die vom Statistischen Reichsam veröffentlichte Statistik über die Konkurs- und Vergleichsverfahren im Jahre 1931 zeigt die überwiegenden Zahlen der Konkurse und der Vergleichsverfahren in jenen Berufsgruppen, deren Schicksal mit dem Massenverbrauch aufs engste verbunden ist. So entfielen 45,1 % der Konkurse und 55,8 % der Vergleichsverfahren auf das Handelsgewerbe, und zwar überwiegend auf den Einzelhandel. Mit hohen Prozentzahlen sind an der Konkursstatistik außerdem die Konsummittelindustrien vertreten: das Bekleidungs-gewerbe mit 4,6 beziehungsweise 6 %, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 4,4 beziehungsweise 3,5 %, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe mit 3,2 beziehungsweise 1,9 %, die Möbelindustrie mit 3,5 beziehungsweise 4,7 %. Demgegenüber ist der Anteil der Produktionsindustrien — mit Ausnahme des Bau-gewerbes, wo die Prozentzahlen auf 4,5 beziehungsweise 4,6 % lauten — auffallend niedrig und bewegt sich zwischen 0 bis 2,5 %. Diese Zahlen sind um so auffällender, da der Umfang der Produktion in den Produktionsmittelindustrien während der Krise viel stärker zurückging als die Produktion der Konsumgüterindustrien. Die Lösung des Rätsels besteht wohl darin, daß die Produktionsmittelindustrien zu einem erheblichen Teil in Großunternehmungen organisiert sind, die entweder aus ihren früheren Gewinnen größere Reserven ansammeln oder aber die Zahlungsunfähigkeit deshalb vermeiden konnten, weil sie dank ihrer politischen Macht staatliche Unterstützungen in großem Umfang zu erhalten vermochten. Dagegen waren die kleineren Unternehmungen in den Konsummittelindustrien und im Handel, deren Absatz infolge der Schrumpfung der Massenkaukraft gewaltig abnahm, den Verwüstungen der Krise, wie die Konkursstatistik zeigt, schutzlos preisgegeben. Auch von dieser Seite her zeigen sich die verhängnisvollen Wirkungen des Abbaues der Massenkaukraft.

Kameraden! Besucht regelmäßig die Veranstaltungen des Verbandes. Alle Verbandskameraden müssen aktive Kämpfer für unsere Sache werden!

UNTERHALTUNG WISSEN



Erinnerung aus Krähwinkels Schreckenstagen

Wir, Bürgermeister und Senat, wir haben folgendes Mandat stadtväterlich an alle Klassen der treuen Bürgerschaft erlassen:

„Ausländer, Fremde, sind es meist, die unter uns gesät den Geist der Rebellion. Dergleichen Sünder, Gottlob! sind selten Landeskinde.“

Auch Gottesleugner sind es meist; wer sich von seinem Gotte reißt, wird endlich auch abtrünnig werden von seinen irdischen Behörden.

Der Obrigkeit gehorchen, ist die erste Pflicht für Jud und Christ. Es schließe jeder seine Bude, sobald es dunkelt, Christ und Jude.

Wo ihrer drei beisammen stehen, da soll man auseinander gehn. Des Nachts soll niemand auf den Gassen sich ohne Leuchte sehen lassen.

Es liefere seine Waffen aus ein jeder in dem Gildenhause; auch Munition von jeder Sorte wird deponiert am selben Orte.

Wer auf der Straße rasonniert, wird unverzüglich füsiliert; das Rasonnieren durch Gebärden soll gleichfalls hart bestraft werden.

Vertrauet eurem Magistrat, der fromm und liebend schützt den Staat durch huldreich hochwohlweises Walten; euch ziemt es, stets das Maul zu halten.“

Heine.

Die verschwundene Geldtasche

Frau Müller steht schon lange auf dieser Welt allein da. Ihr Mann fiel im großen Völkermorden. Und heute bezieht Frau Müller eine Rente, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Auf Grund der wirtschaftlich angespannten Verhältnisse hat sie in ihre Wohnung einen Untermieter nehmen müssen, der wirklich ein prompter Mietzahler ist. Obwohl er schon lange nicht mehr auf den Bau gegangen ist, kam dieser Zimmerherr peinlich seinen Verpflichtungen nach.

Frau Müllers Wohnung zielt ein Trockenklosett zur Vervollkommnung der Wohnungshygiene. Leider ist die Blechkloppel, die das Fallende nicht gleich ins Bodenlose abgibt, verrostet. Wie eine zahnlöse Schnauze schnappt sie bei ihrer Benutzung.

Der Erste eines Monats strahlt in der Geldtasche Frau Müllers. Die Rente und die einkassierte Untermiete bilden immerhin ein hübsches Sümmchen. Da hat sich auf einmal im Innern etwas losgerissen. Es hüpfte hin und her. Frau Müller besitzt auf einmal den Drang, Geld auszugeben.

Eine andere Garderobe ist schnell übergeworfen. Selbstverständlich muß die pralle Geldtasche ebenfalls mit umziehen. Fix und fertig zum Ausgehen steht jetzt Frau Müller in der Küche. Doch Frauen sind eben Frauen. Ihr ewiges Besorgtsein läßt die Gedanken fortwährend spielen. Plötzlich verläßt sie die Küche, schließt eine Seitentür auf, sie befindet sich in dem genannten Trockenklosettraum.

Frauen müssen auch solche Sachen vorm Ausgehen erledigen. Schaut doch bloß die Straßen entlang, in den Parkanlagen, überall steht, wenigstens zu neunzig Prozent, „Für Herren“. Warum? Ein Rätsel. Wenn der Siegeszug der Frau noch mehr Siege einheimen sollte, wenn sich die Frau noch mehr im Parlament durchsetzen sollte, dann wird auch diese Sache bestimmt zu ihren Gunsten ausfallen.

Frau Müller will diese wenigen Oasen „Für Frauen“ erst gar nicht benutzen. Sie baut vor. Mög sie sich dabei — auf Grund ihres Geldes — in sonnige Ge-

danken verloren haben, oder an irgend etwas anderes gedacht haben — jedenfalls — und hier wäre Frau Müller beinahe ohnmächtig geworden —, beim Schütteln der Kleider ist die Geldtasche durch die halb zerfressene Klappe hinunter in die Jauchegrube gefallen.

Frau Müller ruft in ihrer Verzweiflung um Hilfe. „Meine fünfzig Mark! Fünfzig Mark“, gellte es von ihren Lippen.

Der Untermieter springt von seinem Stuhl, reißt die Klosettür auf, sieht die stammelnde Frau Müller, die mit den Händen in den dunklen Schacht des Klosetts zeigt.

Allmählich erst versteht der Untermieter, was los ist. Dann huscht heimliche Freude über des Zimmermanns Gesicht; denn hier gibt es ein paar Pfennige zu verdienen. Schon ist er fort, das Gepolte auszuführen.

Beim Gartennachbar wird der Jauchenschepper gepumpt, und schon winden die starken Arme des Zimmermanns Jauchenschepper auf Jauchenschepper empor; das anliegende Gärtchen muß sich eine unfreiwillige Bedingung gefallen lassen.

Immer noch werden die „guten Sachen“ aus der Grube zutage gefördert. Die stechenden Augen der Frau Müller schauen über den Rand in die Grube hinunter. Sie wimmert immer noch, obwohl das Geld da sein muß.

Da! — Die Geldtasche! Der Zimmermann hat sie endlich aufgefischt. Auf dem kürzesten Wege zur Wasserleitung damit; Wärme, Putzlappen und Plättchen haben an dem Tage bei Frau Müller noch tüchtig arbeiten müssen.

Und so einen geputzten Taler bekam der Zimmermann, der gar fröhlich seiner Blankheit in den Taschen des Untermieters hüpfte.

„Goldgelbe Aepfel“

Hier ist Welle Sachsen. Darum versteht es sich, daß es keine goldgelben Aepfel sind, sondern goldgelbe „Aepfel“.

Mit der Neubauwohnung ist man plötzlich im Besitz eines kleinen Gärtchens gekommen. Die Jahreszeit ist vorge-schritten, Büsche und Bäume haben schon einen zartgrünen Hauch angenommen. Dieser Garten will also bestellt sein. Es ist zäher, gelber Lehmboden, und jede umgestürzte Scholle gibt den Abdruck des Spatens wieder. Eine Kultivierung des Bodens muß unter allen Umständen stattfinden, wenn überhaupt etwas Ordentliches wachsen soll. Also muß Dünger her. So leicht gesagt, so schwer beschaffen. Jauchegrube? — gehört der Vergangenheit an. Zum Bauer fahren? — da fehlt das Geld. Das kann sich wohl mein Gartennachbar leisten, der Jahr und Tag seine Arbeit hat, der sich gleich eine Pferdefuhre Kuhdünger anfahren ließ, und der jetzt, obgleich er eine Schreiberseele ist, den Mist mit seinen Händen mit dem Erdreich verbuttert. Die Begeisterung setzt hier keine Grenzen.

Anders ist es bei einem Arbeitslosen, der ja in jeder Beziehung den Letzten macht. Geld ausgeben für Dünger wäre ja den Bissen vom Munde genommen. Da müssen andere Wege erschlossen werden. Not macht erfinderisch! Einen vorsintflutlichen Kinderwagen von den Eltern hatte ich flottgemacht. Besen und Schaufel habe ich selbst im Besitz. So kann es losgehen. Ich gehe Pferdeäpfel sammeln. Ah! quietscht doch die alte Karre. Da wird wohl eine Messerspitze voll „Winterhilfe“ zum Schmierer erhalten müssen. Das eine Hinterrad machte einen Weg, als würde es dauernd Krinolinen fahren. Doch mutig schauete ich die lange Straße entlang, ob da nicht auf dem Pflaster „Aepfel“ liegen. Ich muß leider bedauern, daß Dresdens Straßen sehr sauber sind. — Endlich! — Die Stein-fugen werden mit ausgekratzt. Man muß das wenige „Gute“ tüchtig zusammennehmen. Weiter geht die Fahrt. Aber warum liegen bloß so wenige Pferde-

äpfel? Da kann doch keine Notverordnung im Spiele stehen. Sind vielleicht die Mahlzeiten der Pferde ebenfalls dürre ausgefallen? Ich bin aber auch zu einer schlechten Zeit losgefahren. Der erste Tag war jedenfalls eine gewaltige Pleite meiner „Aepfel“ernte.

Abends ist es mir dann eingefallen: Du mußt frühzeitig auf den Beinen sein. Du mußt förmlich hinter den Marktwagen, die nach der Halle fahren, der Erste sein. Du mußt die Straßen ausfindig machen, wo der Hafermotor seine Bahnen zieht.

Der nächste Morgen. Donnerwetter! ist so ein junger Morgen schön. Wenn bloß der Magen etwas mehr zu beißen hätte. Denn das zeitige Aufstehen bedingt eine Mahlzeit mehr.

Meine Karre wankt vor mir her. Meine Augen stechen die Straße voraus. Die ersten Marktwagen rollen. Das Happel schlendert an mir vorbei — ich schau hinterher — nichts. Hätte man einen Röntgenblick, dann wäre die Sache zu berechnen. Aber so . . .

Eine vernichtende Entdeckung! Vor mir kann eben erst einer so einen Aepfelhaufen zusammengekehrt haben. Die Pflasterstelle ist noch ganz frisch davon. Mit spähenden Augen suche ich die Konkurrenz. Da eilt sie mit einem Kasten-leiterwagen davon, neuer Beute entgegen. Ich hinterher. Nein, ich muß stoppen. Der Kerl hat ein mageres Häufchen solcher goldgelber Aepfel liegen gelassen, in seiner Hast wahrscheinlich übersehen. Besen und Schaufel arbeiten jetzt geschwind. Ich muß versuchen, die Konkurrenz auszuschneiden, und laufe heftig. Doch jener läuft ebenfalls, damit er die Spitze behält. Der Abstand bleibt — aber er muß mir die Hälfte Straßenertrag liegen lassen, wenn er seine Position halten will. Der da vor mir ist bestimmt tüchtig in seinem „Berufe“.

Meine Karre ist voll. Müde von dem vielen Stehen und Laufen keuche ich den Berg hinauf, auf meine Scholle. Mit stolzem Bewußtsein in der Brust werfe ich meine Karre um: Auch bei mir wird nun etwas Ordentliches wachsen; denn die goldgelben Aepfel versprechen eine goldene Ernte. Otto Reschbeil.

Werbearbeit an der Volksseele

Was ist das Letzte und Besondere eines Volkes, durch das es sich von andern Völkern unterscheidet?

In seinen „Tagebuchblättern“ weist Heibel einmal darauf hin, es gebe eine lateinische, griechische, englische usw. Sprache, aber keine lateinische, griechische, englische usw. Mathematik, Astronomie und dergleichen. Und er fügt hinzu, das sei der beste Beweis dafür, daß die Sprache nicht logischer Natur sei.

Ja, das beweist, daß die Sprache eines Volkes künstlerischer Art ist. Und daß das tiefste Wesen eines Volkes künstlerisch ist.

Im Denken, wie es in der Mathematik zum Ausdruck kommt, sind nicht so wesentliche Unterschiede, wie im Fühlen. Darum gibt es auch heute keine deutsche Technik und keine französische Naturwissenschaft. Diese wissenschaftliche Forschung ist international. International ist das Denken.

Aber es gibt eine deutsche Musik und einen russischen Film und italienische Maler. Im Künstlerischen zeigt sich die Eigenart. Das Besondere eines Volkes kommt in der Kultur des Gefühls zum Ausdruck. Nur hat der Kapitalismus das Hirn so einseitig triumphieren lassen, daß viele dieses Tiefste und Eigene ihres Volkswesens vergessen.

Und doch ist es vorhanden in uns, und gerade im urwüchsigen Volke der Arbeit. Da schwelt Glut. Da ist Glaube. Da ist Ahnen von Tiefen der Seele und von Höhen des Menschentums. Eine Welt des Fühlens, die gerade in unserem philosophisch und faustisch veranlagten deutschen Volke ihre Eigenart hat.

Der müssen wir dienen. Die müssen wir alle erfassen. Auch in der Aufklärungsarbeit für unsere Idee.

Es gilt, unser Volk im Tiefsten seines Fühlens aufzuwühlen und seine künstlerische Seele zu befriedigen an unserer Idee! Es gilt, das Volk der Arbeit auch die Seele unseres gewerkschaftlichen Gedankens erleben zu lassen und sein künstlerisches Fühlen zu befreien durch das Künden der großen Gestaltungs-ideale unseres Kampfs!

Dr. Gustav Hoffmann.

Es wäre ungerecht . . .

Was wäre ungerecht? Professor Lenz, Rasse-theoretiker, Nationalist, von den Nazis immer wieder zitiert, schreibt darüber in seinem Buche „Menschliche Erblichkeitslehre und Rassenhygiene“:

„Daß es möglich wäre, die Geschlechtskrankheiten ganz auszurotten, daran kann kein Zweifel sein. Auch auf diesem Gebiete stehen freilich der Gesundung schwerwiegende wirtschaftliche Interessen entgegen. Man muß sich nur einmal klar machen, daß durch eine wirklich ernsthafte Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht nur viele Hunderte von Fachärzten brotlos werden, sondern auch zehntausende anderer Aerzte in ihren ohnehin kaum zum Leben ausreichenden Einkünften schwere Einbuße erleiden würden. Es wäre ungerecht, wenn man von den Aerzten einfach die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundung verlangen würde.“

Das also wäre ungerecht! Das ist das sittliche Denken drüben. Darum nennen sie sich gern die „sittlichen Erneuerer“.

Kohle als Düngemittel

Von dem Kohlenforschungsinstitut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sind Methoden ausfindig gemacht worden, die es gestatten, Kohle als Düngemittel zu verwenden. Braunkohlenpräparate wurden mit Salpetersäure und Ammoniak behandelt und praktisch erprobt. Bei Hafer, Mais, Buchweizen, Tabak, Kartoffeln und andern Versuchspflanzen konnte man mit dieser Kohledüngung beträchtliche Wachstumssteigerungen erzielen, in einigen Fällen bis über 100 %. Da die Kohle als industrieller Rohstoff etwas an Bedeutung verloren hat, werden ihr auf diese Weise neue Verwendungsmöglichkeiten erschlossen. Auf allen Kohlenplätzen der Welt liegen riesige Stapel dieses schwarzen Diamanten unverwendbar. Die Freude darüber, daß hier ein Ausweg geschaffen ist, wird allerdings dadurch gemindert, daß bereits genügend künstlicher Stickstoff vorhanden ist.

Wie ist doch die Zeitung so interessant

Wie ist doch die Zeitung so interessant für unser liebes Vaterland!

Was haben wir heute nicht alles vernommen!

Die Fürstin ist gestern niedergekommen, und morgen wird der Herzog kommen, hier ist der König heimgekommen, dort ist der Kaiser durchgekommen — bald werden sie alle zusammenkommen — wie interessant! wie interessant! Gott segne das liebe Vaterland!

Wie ist doch die Zeitung interessant für unser liebes Vaterland!

Was ist uns nicht alles berichtet worden, ein Portepfeffrühch ist Leutnant geworden —

ein Oberhofprediger erhielt einen Orden, die Lakaien erhielten silberne Borden, die höchsten Herrschaften gehen nach Norden

und zeitig ist es Frühling geworden — wie interessant! wie interessant!

Gott segne das liebe Vaterland!

Hoffmann von Fallersleben.

Das ist sozialistische Wirtschaftspolitik!

Die österreichische Hauptstadt Wien wird von der Sozialdemokratie fast vollständig beherrscht. Man konnte gespannt darauf sein, welchen Einfluß diese furchtbare Wirtschaftskrise auf die Verwaltung der Stadt Wien ausgeübt hat. Der stärkste Mann der Wiener Verwaltung ist bekanntlich der Finanzdezernent Hugo Breitner. Aus einem Artikel desselben erfährt man, welche Wirtschaftspolitik Wien in der Krise eingeschlagen hat. Wir entnehmen folgende Einzelheiten daraus:

Der Voranschlag der Gemeinde Wien für das Jahr 1932 ist mit aller Vorsicht abgefaßt. Wie etwa ein Segelschiff auf hoher See, wenn schwerer Sturm droht, die Segel einzieht, ohne aber seine Manövrierfähigkeit aufzugeben, wurden im wesentlichen nur jene Ausstattungs- und Erneuerungsarbeiten zurückgestellt, die nicht gerade zwingenden Charakter haben; nicht zurückgestellt wurden aber die für die Allgemeinheit besonders wichtigen, vor allem aber auch den Arbeitsmarkt belebenden Ausgaben; so wird beispielsweise die Fertigstellung der begonnenen Bauten, vor allem der Wohnhausbauten, mit allen Kräften beschleunigt. Vor allem sind wir uns aber bewußt, daß die meisten Sparmaßnahmen nur vorübergehender Natur sind. Ihre sozialen Aufgaben wird die Gemeinde Wien im großen und ganzen erfüllen können. Beim Ausbau der Fürsorge muß allerdings eine Pause eintreten, doch war gerade auf diesem Gebiet das Tempo der Entwicklung ein sehr rasches. Die laufenden Ausgaben für die Zwecke der Fürsorge werden aber sogar noch größer sein als 1930. Den Wiener Arbeitern und Angestellten sind geringere Abstriche gemacht worden, als denen der andern öffentlichen Verwaltungen Oesterreichs. Die verhältnismäßig günstige Lage der Gemeinde Wien ist der Hauptgrund, daß die Verwaltung sich von der Aufnahme von Anleihen freigehalten hat. Vom Gesamtaufwand der Gemeinde Wien macht der Schuldendienst kaum $\frac{1}{2}$ % aus. Die Schuldenfreiheit ermöglicht es Wien einen Voranschlag aufzustellen, der in höchstem Maße sozialen Charakter trägt. Von den gesamten Einnahmen an eigenen Steuern und Abgaben werden 93,5 Millionen Schilling für das Wohlfahrtswesen, 70,6 Millionen Schilling für die Schule und mehr als 50 Millionen Schilling für den Wohnhausbau in Rechnung gestellt. Rund 82 % Steuern und Steuerertragsanteile werden für diese drei Zwecke verwendet. Die niedrigen Tarife der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke kommen gerade in der Zeit der Not der Bevölkerung zugute.

So arbeitet eine vorbildliche Gemeinde, die von Sozialdemokraten geleitet wird. Zwar kann sich auch diese naturgemäß nicht der Krise entziehen. Aber trotz minderer Einnahmen werden die sozialen Aufgaben einer großen Gemeinschaft nicht vergessen. Die Gemeinde Wien zeigt aller Welt, wie gewirtschaftet werden kann.

Baugewerbliches

Stadtrand siedlung und wachsendes Haus — zwei Modeschlagwörter?

Führende Kommunalpolitiker, wie Oberbürgermeister Dr. Luppe, Nürnberg, haben mit gewichtigen Gründen auf das Unzulängliche der Bemühungen von Regierungsseite, aus der Stadtrand siedlung eine durchgreifende Hilfsaktion gegen die Erwerbslosennot zu machen, hingewiesen. Andere Gemeindeführer, wie Oberbürgermeister Dr. Heimerich, Mannheim, begrüßen das Randsiedlungswerk, das die wilde Siedlungsbewegung aufgefangen und damit einem dringenden Bedürfnis entsprochen habe. Ueber die Erfahrungen der Stadt Berlin finden wir einen interessanten Bericht von Dr. Karl Brockschmidt in Heft 15 „Bauen, Siedeln, Wohnen“ (Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin). Die Stadt Berlin hatte sich trotz mancher grundsätzlicher Bedenken über die soziale Be-

deutung und Tragweite der vorstädtischen Kleinsiedlung zur Uebernahme der erforderlichen Darlehensbürgschaften bereit erklärt und die Ansiedlung von 1800 Erwerbslosen auf eine sichere Grundlage gestellt. Die Organisation des Siedlungswerkes wurde derart bewerkstelligt, daß acht gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften als Treuhänder für die Errichtung von zehn Siedlungen eingeschaltet wurden. Die freigewerkschaftliche Genossenschaftliche Wohnungsbauorganisation Gehag, Gemeinnützige Heimstätten Spar- und Bau-AG., die mit der Betreuung von 342 Siedlerstellen in zwei Bauabschnitten an der ersten Aktion beteiligt ist, hat einen Typ entworfen und ausgeführt, der in der Folge von der Mehrzahl der übrigen Berliner Siedlungsgesellschaften übernommen wurde. Die freien Gewerkschaften haben schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß Erwerbslose die schweren Bauarbeiten ohne besondere Fahrtkosten und Ernährungszuschüsse zur Ergänzung ihrer Unterstützung nicht bewältigen können. Den Siedlern wurden daher entsprechende Beihilfen gewährt. Die Auswahl der Siedler geschah nach sozialen Gesichtspunkten, wie langfristige Erwerbslosigkeit, Kinderreichtum, Kriegsbeschädigungen und andere besondere persönliche Bedürftigkeit. Die Bauten sollten im Wege der Selbst- und Nachbarhilfe errichtet werden. Auf Grund der bisher vorliegenden Erfahrungen kann als feststehend gelten, daß eine planmäßige und reibungslose Organisation des Siedlungswerkes ausschließlich im Wege der Selbsthilfe nur möglich ist mit Siedlern, die sich vorwiegend aus Baufacharbeitern zusammensetzen. Werden Ungelernte im Sinne des Bauhandwerks aus sozialen Gründen in starkem Maße berücksichtigt, so ergibt sich der Zwang zur Einschaltung freier, tariflich voll entlohnter Bauarbeiter. Ein weiteres Modeschlagwort erregt das Interesse der bauwirtschaftlichen Öffentlichkeit. Die Sommerschau am Kaiserdamm in Berlin hat den Schillerspruch „Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus“ wahrgemacht. Das wachsende Haus ist buchstäbliche Wirklichkeit geworden. Der Gedanke des wachsenden Hauses beruht auf einer vorausschauenden Grundrißplanung der künftigen wirtschaftlichen und familiären Wachstumsverhältnisse. Jeder Bauabschnitt ergibt eine in sich fertige Wohnlösung. Architekt Dipl. Ing. Franz Hillinger setzt sich in der gleichen Nummer von „Bauen, Siedeln, Wohnen“ mit dem Versuch führender Architekten auseinander, dieses schwierige Problem zu lösen. Unerprobte Baustoffe und Bauweisen dürfen unter keinen Umständen, wie vielfach geschehen, der Erstellung von Eigenheimen zugrunde gelegt werden. Leider haben die Architekten keine Machtmittel in der Hand, um den Hauseigentümer zu zwingen, die Erweiterungsabschnitte so durchzuführen, wie es ursprünglich geplant war. Es wird noch zäher Arbeit bedürfen, um aus einem literarischen Schlagwort eine volkswirtschaftliche Tat zu machen.

Ein weißer Rabe

Die öffentliche Bautätigkeit der letzten Jahre hat bei den Bierbankpolitikern vielfach Aergernis erregt. Man sprach von sinnloser Verschwendungssucht, wenn Krankenkassen, Versicherungsinstitute, Länder und Gemeinden Verwaltungsgebäude und ähnliches errichteten. Ueberall konnte man Entrüstung über die „marxistische“ Lotterwirtschaft zu hören bekommen. In allen Fällen waren es Finsterlinge und blöde Spießer, die so und ähnlich urteilten.

Jetzt schon mehren sich die Stimmen, die sehen, daß sie sich mit der Hetze ins eigene Fleisch geschnitten haben. Dieser Tage haben wir ein Urteil eines Bekehrten gelesen. Dem Publikationsorgan der Tischlerinnung zu Berlin, „Das deutsche Holzgewerbe“, das in dieselbe Kerbe gehauen hat, entgegnet der frühere deutschnationale Reichstagsabgeordnete Paeth in der Fachzeitung „Die deutsche Holzindustrie“ vom 31. März 1932:

„Es zeugt deshalb von der grenzenlosen Beschränktheit und Weltfremdheit

sogenannter Politiker, über Luxus zu zernern, wenn hier und dort einmal — es wird ja immer seltener — ein behördlicher oder sonstiger größerer Bau ausgeführt wird.

Es ist diesen Armen noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß unsere sieben Millionen Arbeitslosen zum größten Teil deshalb arbeitslos sind, weil nicht mehr gebaut wird, und sie ahnen auch beim Schreiben ihrer „hohen Politik“ anscheinend gar nicht, daß, wenn der Schornstein der Wirtschaft und Produktion nicht mehr raucht, sie dann auch keine Gehälter mehr bekommen . . .“

Wir haben dem nichts hinzuzufügen!

Polierkurse in Leipzig

Schon seit Jahren sind an der Handwerkerschule in Leipzig, Eisenbahnstraße 70, Polierkurse für Maurer und Zimmerer eingerichtet. Nicht nur jugendliche Gesellen nehmen daran teil, sondern auch solche mittleren und reiferen Alters. Geometrisches, Projektions- und Fachzeichnen werden besonders gepflegt. Baustofflehre und Baukunde sollen den fachlichen Blick für Konstruktion und Material weiten. Rechnen und Deutsch, Geschäftsverkehr und Bürgerkunde runden den Unterricht ab. Niemand ist zu alt, um zu lernen, und Wissen bereichert den Menschen.

Gewerkschaftliches

Dritte internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder

In der Zeit vom 24. bis 31. Juli fand in Brüssel die dritte internationale Schulungswoche jüngerer Gewerkschaftsmitglieder statt. Alljährlich veranstaltet der „Internationale Gewerkschaftsbund“ eine internationale Schulungswoche; die beiden ersten fanden in Bernau (Deutschland) und England statt.

Der Zweck dieser internationalen Schulungswochen ist, jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern theoretische und organisatorische Einblicke in die internationale Gewerkschaftsbewegung zu geben. Man will durch diese internationalen Zusammenkünfte den jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern die besonderen Probleme und Aufgaben der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern zeigen. Darüber hinaus sollen diese internationalen Zusammenkünfte den Zweck haben, für die internationale Zusammenarbeit und Solidarität der Gewerkschaften und Arbeiter untereinander zu wirken.

Betrachtet man unter diesen Gesichtspunkten die dritte internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder, so muß man sagen, daß sie ihren Zweck vollauf erfüllt hat. Nicht nur persönliche Freundschaftsbündnisse wurden geschlossen, sondern diese dritte internationale Zusammenkunft war getragen von einer tiefen, ehrlichen Solidarität. Von einer Solidarität besonders gegenüber den deutschen Teilnehmern, die uns deutschen Teilnehmern die Gewißheit gab, daß die deutsche Arbeiterschaft ihren schweren Kampf gegen den Kapitalismus und seine Schergen, die Banden des Nationalsozialismus, nicht allein führt, sondern daß mit uns die gesamte internationale Arbeiterschaft kämpft.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte sich die Aufgabe gesetzt, in dieser dritten internationalen Schulungswoche die Teilnehmer vertraut zu machen:

1. mit der Organisation, den Aufgaben und Problemen des IGB.,
2. wurden ausführliche Referate über den Stand und die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen in Holland und Belgien gehalten,
3. wurde die internationale Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit vom Standpunkt des Gewerkschafters betrachtet.

Den Abschluß dieser theoretischen Arbeiten beschlossen Berichte der Teilnehmer aus den einzelnen Ländern über den Stand der Organisationen und die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft in den betreffenden Ländern. An alle Vorträge schloß sich eine von großem Inter-

esse für die einzelnen Probleme getragene fruchtbringende Aussprache. Neben dieser theoretischen Arbeit hatten die Teilnehmer Gelegenheit, die praktische Arbeit der belgischen Gewerkschaften, insbesondere der Genossenschaften, kennenzulernen.

Diese dritte internationale Zusammenkunft, die in einer Zeit der größten wirtschaftlichen Depression stattfand, hat auch ihren weiteren Zweck, internationale Verständigung zu schaffen, erfüllt. Alle Teilnehmer gehen in ihre Heimat, an ihre Wirkungsstätte für die Arbeiterschaft zurück mit verstärktem internationalen Solidaritätsbewußtsein. Mit neuer Kraft und Mut zum Kampf für die internationale Befreiung der Arbeiterklasse vom Joche des Kapitalismus.

Genossenschaftsbewegung

Karl Marx und die Konsumgenossenschaften

Wenn die wirtschaftsgeschichtlichen Erkenntnisse der Nationalsozialisten nicht im krassen Gegensatz zu den wirtschaftlichen Tatsachen stünden, dann müßte es ihnen unmöglich sein, die „marxistischen“ Konsumgenossenschaften so mit ihrem Hasse zu beehren, wie es geschieht. Denn eine kurze geschichtliche Betrachtung zeigt, daß die konsumgenossenschaftliche Bewegung ein aus den Bedürfnissen der Verbraucher unmittelbar herausgewachsenes Wirtschaftssystem darstellt, das unabhängig von allen politischen Parteien und lange vor der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung der Welt sich zu entwickeln begann. Denn schon in den 1830er und 1840er Jahren — Pioniere von Rochdale! — waren die Ansätze der konsumgenossenschaftlichen Bewegung in England, Frankreich und Deutschland zu beobachten. Allerdings: die Erkenntnis von der Bedeutung dieser neuartigen Wirtschaftsbewegung hat in erster Linie Karl Marx mit der ihm eigenen Klarheit herausgestellt und dadurch außerordentlich viel dazu beigetragen, sie allmählich in der Arbeiterbewegung zu popularisieren, was lange Zeit nicht ohne innere Kämpfe in der Sozialdemokratie geblieben ist.

So qualifizierte Karl Marx in seiner Inauguraladresse an dem im Jahre 1864 stattgehabten ersten internationalen Arbeiterkongreß zu Genf die Genossenschaftsbewegung im Zusammenhang mit der Einführung des gesetzlichen Zehnstudentags in England, den er als den „Sieg eines Prinzips“ feierte, mit folgenden Sätzen:

„Doch ein noch größerer Sieg der politischen Oekonomie der Arbeit über die politische Oekonomie des Kapitals stand bevor. Wir sprechen von der Genossenschaftsbewegung, namentlich von den genossenschaftlichen Fabriken, die einige kühne „Hände“ ohne jede Beihilfe errichteten. Der Wert dieser großen sozialen Experimente kann nicht hoch genug geschätzt werden. Durch die Tat, statt durch Argumente, haben die Arbeiter bewiesen, daß Produktion in großem Maßstab und im Einklang mit dem Fortschritt moderner Wirtschaft vor sich gehen kann ohne die Existenz einer Herrenklasse, die eine Klasse von „Händen“ anwendet, daß, um Früchte zu tragen, die Mittel der Arbeit nicht monopolisiert zu werden brauchen als Mittel der Herrschaft über den Arbeiter und als Mittel der Ausbeutung gegen den Arbeiter selbst; daß wie die Sklavenarbeit, wie die Leibeigenschaft, so auch die Lohnarbeit nur eine vorübergehende und untergeordnete gesellschaftliche Form ist, die bestimmt ist zu verschwinden vor der assoziierten Arbeit, die ihr Werk mit williger Hand, rüstigem Geist und fröhlichem Herzen verrichtet.“

Eine von dem Kongreß einstimmig angenommene Entschließung besagt denn auch in ihrem ersten Absatz:

„Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, die auf Klassengegensätze beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Ka-

pital aufgehoben werden kann durch das wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“

Es kann wohl keinen Zweifel unterliegen, daß heute mehr als vor einem Menschenalter die konsumgenossenschaftliche Bewegung durch umfangreiche Resultate den Beweis ihrer gemeinwirtschaftlichen Nützlichkeit erbracht hat. Und wenn die Nationalsozialisten ihren so oft hinausposaunten Grundsatz: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ ernst nehmen würden, so müßten sie Seite an Seite mit den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie an der Förderung der Konsumgenossenschaften teilnehmen. Aber kann man Feigen von den Disteln sammeln.

Im übrigen ist es als sehr erfreulich zu bezeichnen, daß in dem Gewerkschaftsprogramm zum Umbau der Wirtschaft auch die Förderung der Konsumgenossenschaften Platz gefunden hat.

Sozialpolitisches

Jeder dritte deutsche Arbeiter arbeitslos!

Bereits Anfang Juli ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland wieder gestiegen. Für den Sozialpolitiker erhebt sich deshalb die Frage, wie sich der Arbeitsmarkt in Deutschland in Zukunft gestalten soll, wenn schon in einer Zeit, in der noch eine kräftige Entlastung des Arbeitsmarktes eintreten müßte, das Gegenteil zu verzeichnen ist, so sieht es zweifellos sehr traurig aus. Das Institut für Konjunkturforschung stellt Betrachtungen über die zukünftige Entwicklung des Arbeitsmarktes an. Auf Grund genauen Materials glaubt diese Forschungsstelle, daß sich die konjunkturelle Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit monatlich um 100- bis 110 000 Arbeitskräfte vermehrt. Der Durchschnitt des ganzen Kalenderjahres 1932 würde mithin nicht sehr viel von einer Arbeitslosigkeit in Höhe von 6 Millionen entfernt sein. Im Rechnungsjahr 1932/33, das heißt vom 1. April 1932 bis zum 31. März 1933, wird sich die durchschnittliche Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Größenordnung von 6¼ Millionen Arbeitslosen bewegen. Das würde besagen, daß jeder dritte oder vierte Arbeiter und Angestellte damit ohne Arbeit und ohne ursprüngliches Einkommen sein wird. Daneben gibt es noch eine unsichtbare Arbeitslosigkeit. Die feststehende Arbeitslosigkeit wird durch die Zählungen der Arbeitsämter ermittelt. Andererseits gibt es noch Arbeitslose, die von keiner statistischen Stelle erfaßt sind, weil sie keine Unterstützung beziehen oder sonst nicht kontrolliert werden. Diese unsichtbare Reservearmee wird vom Konjunkturinstitut auf 1 bis 2 Millionen geschätzt. Wir werden also im kommenden Winter mit einer Arbeitslosigkeit von 7 bis 8 Millionen zu rechnen haben. Jeder zweite oder dritte Arbeiter oder Angestellte wird im Rechnungsjahr 1932/33 ohne Beschäftigung sein. Das furchtbare Elend der Gegenwart wird also keine Linderung, sondern noch eine Verstärkung erfahren. — So weit hätten wir es also glücklich unter der glorieichen Führung der Hitler-Barone gebracht. Angesichts der Höhe der Arbeitslosigkeit wirkt sich das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung als lächerlich gering aus.

Das Schlichtungswesen wird abgebaut

Eines der bedeutsamsten Organe des Schlichtungswesens sind die Schlichter, die in verschiedenen Landesteilen eingesetzt wurden. In Berlin amtierte der bekannte Kollege Rudolf Wissell, der seine langjährige Tätigkeit mit großem Geschick und sozialem Verständnis ausgeübt hat. Es kennzeichnet den reaktionären Kurs, daß Wissell vom Reichsarbeitsminister zum 1. September gekündigt wurde. Damit hat die Regierung dem Drängen der Scharfmacher im Unternehmerlager nachgegeben. Die Kündigung dieses befähigten Mannes kann als der

Anfang des Abbaues im Schlichtungswesen gedeutet werden. Ein weiterer Beweis, daß die Reaktion obenauf ist.

Wirtschaftspolitisches

Das Dilemma der Agrarpolitik

In Deutschland ist gegenwärtig eine Regierung am Ruder, die mit allen Mitteln versuchen will, der Landwirtschaft zu helfen. Dies kann nur geschehen durch Belastung der städtischen Bevölkerung. Da in Deutschland 77 % der Bevölkerung als Verbraucher von landwirtschaftlichen Produkten in Frage kommen, müssen diese belastet werden, um den übrigen 23 % zu helfen. Der Sachverständige für Agrarfragen vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, Dr. Brandt, beleuchtete diese Probleme im „Volkswirt“ sehr kritisch. Dabei kommt er zu nachstehender **Schlußfolgerung**: „Das große Dilemma der deutschen Agrarpolitik besteht darin, daß das Schicksal der Landwirtschaft auf Gedeih und Verderb mit dem Beschäftigungsgrad der städtischen Bevölkerung und der Kaufkraft des nicht landwirtschaftlichen Wirtschaftssektors verbunden ist. Jeder neue Schlag, der zur Stützung der Landwirtschaft gegen die übrige Wirtschaft geführt wird, jede Belastung, die der Masse der Konsumenten neu aufgebürdet wird, schlägt unmittelbar auf die Landwirtschaft zurück.“

Diese einfache und klare Beweisführung sollte auch von einer Regierung, die die Gesamtbevölkerung zu vertreten vorgibt, beachtet werden. Da diese Regierung aber nur einseitig die Interessen der Großgrundbesitzer und der Unternehmer vertritt, deshalb muß sich ihre Politik gegen die breiten Volksmassen auswirken.

Arbeitsleistung und Beschäftigung

Vielfach wird die Frage aufgeworfen, wie hoch die Arbeitsleistung je Arbeitsstunde sich im Zeitalter der Arbeitslosigkeit bewegt. Nach einer Untersuchung des Konjunkturinstituts wird die Arbeitsleistung durch die Krise mittelbar und unmittelbar beeinflußt. Es wird angenommen, daß die Zunahme der Arbeitsleistung durch die Depression erheblich verlangsamt, wenn nicht überhaupt unterbrochen wird. Dies hängt mit dem Gesamtaufwand eines Unternehmens für die fixen Arbeitskosten usw. zusammen. Eine genaue Beobachtung zeigt, daß bei einzelnen Industriezweigen, so beim Steinkohlenbergbau, dem Braunkohlenbergbau, bei den Metallhütten und Walzwerken, bei der Textilindustrie und beim Baugewerbe die Produktionsleistung je Arbeitsstunde trotz Krise und Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Das umgekehrte Verhältnis zeigt sich in der Großeisenindustrie und im Maschinen- und Fahrzeugbau. Das Konjunkturinstitut nimmt an, daß die Industriezweige, bei denen die Produktionsleistung je Arbeitsstunde gesunken ist, überwiegen.

Arbeiterversicherung

Warum neue Einschränkungen der Beisitzeranzahl in den Arbeits- und Landesarbeitsämtern?

Nach dem bestehenden Arbeitsvermittlungsgesetz (§ 17) ist bekanntlich vorgeschrieben, daß als Beisitzer über 24 Jahre alte Reichsangehörige in die vorerwähnten Ämter berufen werden können, sofern sie im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Eine weitere Voraussetzung ist, daß sie seit mindestens sechs Monaten in dem Bezirk wohnen oder regelmäßig tätig sind, auf den sich die Zuständigkeit des Organs erstreckt. Die Zusammensetzung dieser Organe (Verwaltungsausschüsse) ist paritätisch, da Arbeitnehmer-, Arbeitgeber- und Körperschaftsvertreter (Behördenvertreter) in jedem Arbeits- und Landesarbeitsamt in gleicher Anzahl gewählt werden müssen. Für die Wahl resp. Berufung der Arbeitgeber ist Voraussetzung, daß sie minde-

stens einen Arbeitnehmer beschäftigen oder als Vertreter einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitgebern fungieren, und für die Arbeitnehmer ist regelmäßige Betätigung als Arbeitnehmer oder die Befugnis als Vertreter einer wirtschaftlichen Vereinigung von Arbeitnehmern erforderlich. Und endlich können als Körperschaftsvertreter in den vorgenannten Ämtern Beamte und Behördenangestellte berufen werden, sofern sich deren Tätigkeit als eine überwiegende im Dienste der öffentlichen Körperschaft darstellt. Dagegen ist eine Berufung unzulässig, wenn die Betreffenden außerhalb ihres Dienstverhältnisses bei der öffentlichen Körperschaft eine Tätigkeit ausüben, auf Grund deren sie als Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerbeisitzer berufen werden können (grundsätzliche Stellungnahme des Reichsarbeitsministers vom 25. April 1931). Hiernach können zum Beispiel unbesoldete Magistratsmitglieder, Senatoren usw. nicht als Beisitzer in die Verwaltungsausschüsse berufen werden, sofern diese noch als private Arbeitgeber (Großkaufmann, Bauunternehmer, Hotelbesitzer usw.) praktisch tätig sind und Arbeitnehmer beschäftigen.

Trotzdem sich nun diese paritätische Zusammensetzung (Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Körperschaftsvertreter) im allgemeinen ganz gut bewährt hat, ist man jetzt auf reichsseitige Veranlassung der Einschränkung der bisherigen Beisitzeranzahl in den Arbeits- und Landesarbeitsämtern nähergetreten. Durch die Landesarbeitsämter sind die Berufsorganisationen für die Arbeitsamtsbeisitzer bereits zur Einreichung neuer Vorschläge in geringerer Anzahl aufgefordert worden, so daß das bisher bewährte Verhältnis in den einzelnen Arbeitsämtern zweifellos gestört werden dürfte. Bekanntlich sollen bei der Einreichung der Arbeitnehmervertreter-Vorschläge alle maßgebenden Berufsorganisationen neben den Angestelltenvertretern berücksichtigt werden. Je geringer nun die Anzahl der Vertreter ist, je schwieriger die Verständigung unter den Arbeitnehmer-Organisationsvertretern zum Nachteile der Verwaltungsausschüsse-Arbeiten in den einzelnen Arbeits- und Landesarbeitsämtern, da diese Ausschüsse bisher schon knapp besetzt waren, also auch keine großen Verwaltungskosten verursacht hatten. Dagegen konnten bisher gerade die Verwaltungsausschüsse in den einzelnen Arbeitsämtern, wo sich in kritischen Zeiten die sogenannten „Unruheherde“ zeigten, vermittelnd einwirken. Die Anweisungen des Präsidenten der Reichsanstalt vom 10. September 1931, betreffend zweckmäßige Regelung des Verkehrs in den einzelnen Arbeitsämtern, brachten oft allein keine ordnungsgemäße Abwicklung des Publikumsverkehrs. Hier helfen erst die Verwaltungsausschüsse im Interesse der Erwerbslosen und der Verwaltungsfördernd nach; denn nur allein auf ein Handinhandarbeiten von Verwaltung und Verwaltungsausschüssen in den einzelnen Arbeitsämtern kommt es an. Nicht minder oft lösen in Vorberatungen die von den Verwaltungsausschüssen eingesetzten geschäftsführenden Ausschüsse mit der Arbeitsamtsverwaltung die herantretenden schwierigen Fragen (Arbeitsvermittlungs-, Unterstützungs-, Weiterversicherungs- und Abfertigungsstreisachen usw.) Nicht einseitig und nachteilig wirkten sie bei den alljährlichen Etatvoranschlagsfestsetzungen und Personalanstellungsfragen, sondern maßgebend waren hier stets nur allein für die Arbeiten der Verwaltungsausschüsse eine gerechte und praktische Lösung im Interesse des einzelnen Arbeitsamts und der Arbeit- und Unterstützungssuchenden. — Es ist daher den bisher ehrenamtlich mitwirkenden Vertretern der Arbeits- und Landesarbeitsämter unverständlich, warum nunmehr auch hierin eine nachteilige Aenderung eintreten soll dahingehend, daß für die Zukunft eine geringere Anzahl Beisitzer der drei Vertretergruppen in den einzelnen Verwaltungsausschüssen in die Arbeits- und Landesarbeitsämter berufen werden soll. Auch in den Anstellungsfragen sind einschränkende Maßnahmen vorgesehen. Glaubte man, der Kosten halber (Sitzungs- und Reisegelder betreffend) eine Einschränkung bewirken zu sollen, so müßte dieses

auch bei den andern Behörden geschehen. An der bewährten Einrichtung der Vertretungen bei den Arbeits- und Landesarbeitsämtern hätte man nicht rütteln sollen. Dennoch dürfte es nunmehr die dringendste Aufgabe der Gewerkschaften für die Zukunft sein, dafür zu sorgen, daß in den neugebildeten Verwaltungsausschüssen die richtigen und gewecktesten Vertreter in die vorgenannten Ämter beordert werden; denn nur hierdurch dürfte ein kleiner Ausgleich im Interesse der Arbeitssuchenden gegeben sein.
R. V.

Sparguthaben und Bedürftigkeitsprüfung

Die Zahl der Verbandskameraden, die ein Sparguthaben besitzen, ist sehr gering. Trotzdem wird auch sie die Frage interessieren, ob Sparguthaben bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit angegeben werden müssen. Bei dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband bestand die Befürchtung, daß bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zur Arbeitslosenhilfe die Sparkassenguthaben in Ansatz gebracht werden könnten. Darum hatte der Deutsche Sparkassen- und Giroverband den Reichsarbeitsminister um eine genaue Auslegung des Begriffes „kleineres Vermögen“ gebeten. Auf diese Bitte hat der Reichsarbeitsminister dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband geantwortet: „Da die Gewährung der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung von der sechsten Woche an und die Krisenunterstützung von der Hilfsbedürftigkeit des Arbeitslosen abhängig ist, kann auf die Frage nach dem Besitz von Vermögen nicht verzichtet werden. Zwar wird ein „kleineres Vermögen“, zu dem die Sparguthaben regelmäßig gerechnet werden, bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit weder in der Arbeitslosenversicherung noch in der Krisenfürsorge in Ansatz gebracht werden. Es kann jedoch dem Antragsteller nicht überlassen bleiben, selbst zu beurteilen, welche Vermögenswerte er in dem Antrag anzugeben hat.“

Die Reichsanstalt wird jedoch den Bedenken des Sparkassen- und Giroverbandes, daß durch die Frage nach Sparguthaben der Sparbetrieb wesentlich beeinträchtigt werde, Rechnung tragen und den Anregungen entsprechend in den Vordruck, der zur Zeit neu aufgestellt wird, eine Anmerkung des Inhalts aufnehmen, daß ein „kleines Vermögen“ bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit außer Ansatz bleibt.

Arbeitsrechtliches

Rechtslage oder Betriebslage bei Kündigung bzw. Entlassung von Betriebsvertretungsmitgliedern

(Schluß.)

Noch viel wichtiger ist die Anwendung dieses, schon in der letzten Nummer an dieser Stelle angeführten Grundsatzes bei dem Belegschaftsentlassungsschutz der Paragraphen 84 ff. des Betriebsrätegesetzes. Denn auch hier wäre es sinnlos, zu prüfen, ob am Tage der Kündigung Arbeitsmangel vorgelegen hat, sondern es ist allein sinnvoll, die Prüfung der Betriebsverhältnisse am Tage der Entlassung. Nimmt der Gruppenrat zu dem Einspruch gegen die Entlassung in einem solchen Falle Stellung und ist die Kündigungsfrist noch nicht abgelaufen, dann kann er als Gruppenrat die Betriebslage am Tage der Entlassung nicht beurteilen, muß also dem Einspruch stattgeben. Die Arbeitsgerichtsbehörden, die dann wegen Weiterbeschäftigung oder Entschädigung angerufen werden, nachdem die Verständigungsverhandlungen des Gruppenrates mit dem Arbeitgeber gescheitert sind, haben ihre Entscheidung unter Umständen so lange zu vertagen, bis der Entlassungstag herangekommen ist, um die Betriebsverhältnisse zu dieser Zeit einer Nachprüfung unterziehen zu können. Liegt am Tage der Entlassung nach Lage der Betriebsverhältnisse Arbeitsmangel nicht mehr vor, dann stellt die aus diesem Grunde ausgesprochene Kündigung eines Betriebsvertretungsmitgliedes gemäß § 84

Nr. 4 des Betriebsrätegesetzes eine unbillige, nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingte Härte dar. Das alles ergibt sich nunmehr auch unmittelbar aus der vorbesprochenen Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts. Siehe in diesem Sinne auch bereits den Aufsatz von Weinberg in der „Arbeitsrechtspraxis“, Jahrgang 1931, Seite 307 ff., und außerdem ganz ausführlich auch Flatow-Kahn/Freund Erläuterungsbuch zum Betriebsrätegesetz, 13. Auflage, Seite 457.

Ein interessantes Gegenstück zu der besprochenen Entscheidung RAG. 400/31 stellen die Entscheidungen RAG. 24/30 in der „Arbeitsrechtspraxis“, Jahrgang 1930, Seite 271, und RAG. 104/32 in der „Arbeitsrechts-Praxis“, Jahrgang 1932, Seite 208, dar. Besonders die letztere Entscheidung ist am charakteristischsten. Ein Betriebsratsmitglied war vom 1. April 1930 bis 31. März 1931 im Amt. Am 1. April 1931 begann die Amtsdauer der neuen Betriebsvertretung, der das Betriebsratsmitglied nicht mehr angehörte. Am 31. März 1931, zwischen 15 und 16 Uhr, kurz vor Betriebsschluß, kündigte der Arbeitgeber dem Betriebsratsmitglied (ein unter das Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte fallender Angestellter) zum 30. Juni 1931. Der Arbeitgeber behauptete, mit Betriebsschluß des letzten Tages der Amtsdauer sei der Betriebsräteentlassungsschutz weggefallen. Das Reichsarbeitsgericht erklärte richtig, daß auch nach Betriebsschluß am letzten Tage der Amtsdauer noch eine Betätigung als Betriebsratsmitglied möglich gewesen wäre. Jedenfalls endete der Betriebsräteentlassungsschutz erst mit dem Ablauf des letzten Kalendertages (24 Uhr) der Amtsdauer. Die Kündigung während des letzten Tages der Amtsdauer konnte wirksam ohne Zustimmung der Betriebsvertretung bzw. Ersatzzustimmung der Arbeitsgerichtsbehörden nicht ausgesprochen werden. Daher wurde die Kündigung nicht zum 30. Juni 1931, sondern vielmehr erst zum 30. September 1931 wirksam, so daß der Angestellte einen Gehaltsanspruch für weitere drei Monate hatte. Hier war im Gegensatz zu dem Beispiel im ersten Teil dieser Darstellung nur allein die Rechtslage maßgebend. Die Betriebslage kam gar nicht in Betracht. Nach der Rechtslage bestand am letzten Kalendertage der Amtsdauer noch der Entlassungsschutz der Betriebsvertretungsmitglieder. Dies allein war maßgebend, und hieraus ergab sich die vom Reichsarbeitsgericht richtig getroffene Entscheidung.

ständigen Hetze der nationalsozialistischen Führer aufgegangen. Ueberall in Stadt und Land wurden Naziexzesse gegen Sozialdemokraten und Kommunisten ausgeführt. Das ist die neue „Ruhe und Ordnung“, die nach dem Staatsstreich der Papenheimer versprochen wurde.

Die Reichsregierung droht mit dem Standrecht. Sie ist aber machtlos gegen den Nazi-Terror. Ihre Abhängigkeit von der Partei der „anständigen Menschen“ wird dadurch am besten dokumentiert. Das Reichskabinett hat sich in einer Sitzung mit der Bekämpfung der sich häufenden terroristischen Attentate befaßt. Die Regierung soll beabsichtigen, unverzüglich verschärfende Bestimmungen zu erlassen, sofern sich nicht eine fühlbare Wandlung bemerkbar macht. Man will noch etwas abwarten, um zu sehen, ob man nicht mit den normalen polizeilichen Mitteln bei der Eindämmung der Mordanschläge auskommt. Sollte das nicht der Fall sein, dann sollen Sondergerichte eingesetzt werden und verschärfte Strafbestimmungen wegen unbefugten Waffenbesitzes, terroristischen Ueberfalls usw. in Kraft treten. Die Sondergerichte hätten solche Verbrechen und Vergehen in einem Schnellverfahren abzuurteilen. Weil diese neuen Bestimmungen unter andern auch die Todesstrafe vorsehen, will man zunächst noch abwarten, ob sich diese äußerste Maßnahme nicht doch noch umgehen läßt, da sie im Falle ihres Inkrafttretens mit unverminderter Schärfe durchgeführt werden müßte. Würde es sich um Terrorakte von links handeln, so gäbe es kein Zögern der Regierung, aber in diesem Fall wird erst abgewartet. Die „Ueberparteilichkeit“ der Papenregierung wird hier ins Grotteske verzerrt.

Durch die erhöhte Wahlbeteiligung bei der letzten Reichstagswahl hat sich das Kräfteverhältnis in Mecklenburg-Schwerin, gegenüber der letzten Landtagswahl, nicht unwesentlich zugunsten der Linksparteien verschoben. Die Nazis haben prozentual der abgegebenen Stimmen um 3% verloren. — Auch in Anhalt sind die Sozialdemokraten und Kommunisten im Vormarsch. Die Landtagswahl vom 24. April ergab 20 Abgeordnete der Rechten und 16 der Linksoption. Rechnet man das Ergebnis der Reichstagswahl in Anhalt auf den Landtag um, so ergibt sich ein Mandatsverhältnis von 18 Sitzen der Rechten gegen 18 Sitze der Linken.

Sogar amtlich müssen die Terrorakte der Nazis bestätigt werden. Es ist den „nationalen“ Männern sehr unangenehm, daß die Staatsanwaltschaft von Königsberg mitteilt, daß der am 1. August beabsichtigte Anschlag gegen das Gewerkschaftshaus aufgeklärt wurde. Es sind acht Täter, die Angaben, SA-Leute vom 12. Sturm zu sein; unter ihnen befindet sich auch der Sturmführer. Auch eine vollendete und vier versuchte Brandstiftungen am 1. August in Königsberg-Kalthof haben ihre Aufklärung gefunden. Festgenommen sind 13 Täter, die angeben, ebenfalls dem Sturm 12 der SA. anzugehören.

Die wahren Schuldigen sind die Herren „Führer“. Am 29. Juli, zwei Tage vor dem Verbrechen, erklärte der Nazi-führer Frick in Königsberg:

„Für Deutschland wird es ein Segen sein, wenn 10 000, oder besser noch 15 000, der marxistischen Burschen, die den Arbeitern alles versprochen und

nichts gehalten haben, vom Erdboden verschwinden.“ (Stürmischer Beifall.) Damit will ich aber nicht im entferntesten eine Mordhetze entfesseln.“ (Tosender Beifall.) Der Nazigaleiter Koch erklärte am gleichen Tage und vor dem gleichen Gesindel:

„Die Herrschaften sollen sich nicht wundern, wenn sie sich eines Morgens als Leichen wiederfinden, nachdem sie so viele Leichen in Deutschland auf dem Gewissen haben.“

Diese Mordhetze wird von der Regierung nicht verboten. Wo bleibt da die Gerechtigkeit?

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtags beschloß die Einberufung des Landtags für den 16. und 17. August. Auf der Tagesordnung sollen Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten über die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen sowie über die Gewaltakte in Königsberg und andern Landesteilen stehen. Die Sozialdemokratie hatte beantragt, den Landtag schon früher einzuberufen. Die Kommunisten schlossen sich dieser Forderung an. Nazipräsident Kerrl erklärte, daß es sich nicht empfehle, den Landtag zusammenzutreten zu lassen, bevor eine Klärung hinsichtlich der Regierungsbildung im Reich und in Preußen erfolgt sei. Da die Einberufung des Landtags von mehr als einem Fünftel der Abgeordneten gefordert würde, müsse dem Antrag stattgegeben werden. Vor dem 16. August werde er aber den Landtag nicht einberufen. Abgeordneter Kube (Natsoz.) wandte sich gegen eine Landtagseinberufung in diesem Augenblick. Er schlug vor, die Landtagstagung bis zum September zu verschieben und dann eine neue ordnungsmäßige Regierung aus dem Volkswillen heraus zu bilden, die die nötige Autorität haben werde, Ruhe und Ordnung herzustellen. Abgeordneter Heilmann (Soz.) erwiderte, daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen darauf verzichte, eine Stellungnahme des Landtags zu den letzten politischen Vorgängen herbeizuführen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wurde eine Landtagseinberufung schon für den 9. August abgelehnt und der Zusammentritt für den 16. August beschlossen. Eine Entscheidung darüber, wann die Wahl des Ministerpräsidenten vorgenommen werden soll, wurde nicht getroffen.

Briefkasten der Redaktion

Burgstädt K. L. Der Reichsrat ist die Vertretung der Länder bei Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs. Im Reichsrat hat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei größeren Ländern entfällt auf 700 000 Einwohner eine Stimme. Preußen hat insgesamt 66 Stimmen. Den Vorsitz führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Fischbach i. T. Nach unsern Ermittlungen dürften die Kameraden in den norddeutschen Großstädten am besten konsumgenossenschaftlich organisiert sein. In Hamburg gehören von 4000 Verbandsmitgliedern 2372 der Konsumgenossenschaft als Mitglied an; den Rekord dürften die Kameraden der Zahlstelle Kiel aufstellen. Hier sind 63% aller Kameraden konsumgenossenschaftlich organisiert. So sollte es überall sein.

Wanderer A. W. Das von Dir eingesandte Abzeichen ist das der Kyffhäuser-

jugend. Die beigelegte Zeichnung entspricht dem Abzeichen der Deutschen Freischar-Bewegung. Das Abzeichen der Eisernen Front muß auch von unsern Gensinnungsfreunden auf Wanderungen getragen werden.

Hirschberg, F. Ueber Schwinden und Reißen des Holzes und seine Verhütung ist eine umfassende Darstellung in dem vom Verband herausgegebenen Lehrbuch „Der Jungkamerad“ enthalten. Das Buch ist vom Zentralvorstand zum Preise von 1 M. zu beziehen.

Literarisches

Die Naturfreunde tagten vom 30. Juli bis 5. August in Brezeng am Bodensee. Die Büchergilde Gutenberg hat diesen Kongreß zum Anlaß genommen, die Augustnummer ihrer Zeitschrift den Naturfreunden zu widmen. In dieser Nummer werden auch die drei Neuerscheinungen der Büchergilde angezeigt: „Therese Etienne“, ein Schweizer Roman von John Knittel, „Der vergiftete Spiegel“, ein Roman des tschechischen Arbeiterdichters Ivan Olbracht, und ein Reisebuch „Jagd durch das tausendjährige Land“ von A. T. Wegner.

Der Volksfunk ist die Zeitschrift der proletarischen Radioliebhaber und Bastler. In keinem Haushalt sollte diese gut redigierte Zeitschrift fehlen. Der „Volksfunk“ kann bei jeder Postanstalt und jeder Buchhandlung für monatlich 96 Pf. (einschließlich Geräteversicherung) frei Haus bestellt werden. Probehefte sendet der Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, kostenlos.

Das Kapital. Das seit Jahrzehnten wichtigste Buch der modernen Arbeiterbewegung — Marx, „Das Kapital“ — wird als Organisationsausgabe von der Verlagsgesellschaft des ADGB. in einer wohlfeilen, gut ausgestatteten ungekürzten Ausgabe vertrieben. Der erste Band, „Der Produktionsprozeß des Kapitals“, liegt vor (Preis 2,50 Mk.). Er umfaßt 768 Seiten und ist mit einer längeren Einleitung von Karl Korsch versehen, die eine wertvolle Anleitung zum Studium des Buches gibt. Wir können nur dringend empfehlen, von dieser günstigen Gelegenheit recht ausgiebig Gebrauch zu machen.

Anzeigen

Sterbetafel

- Berlinchen. Am 28. Juli starb unser Kamerad Otto Birkholz im Alter von 27 Jahren an Lungenschwindsucht.
- Chemnitz. Am 3. August starb unser Kamerad Kurt Mühlbach im Alter von 25 Jahren an Bluterkrankung.
- Crimmitschau. Am 4. August starb unser Kamerad Emil Streicher im Alter von 66 Jahren.
- Gleiwitz. Am 21. Juli starb unser Kamerad Jos. Heidrich im Alter von 31 Jahren infolge Unfalls.
- Greifswald. Am 31. Juli starb unser Kamerad Fritz Thurmann im Alter von 35 Jahren infolge Lungenleidens.
- Hamburg. Am 30. Juli starb unser Kamerad Charles Müller im Alter von 76 Jahren. — Am 3. August starb unser Kamerad Ernst Urban im Alter von 76 Jahren an Magenkrebs.
- Lübeck. Am 29. Juli starb unser Kamerad Karl Osterwald im Alter von 73 Jahren infolge Blasenleidens.
- Rastenburg. Am 31. Juli starb unser Kamerad Karl Romeyke im Alter von 54 Jahren.
- Riesa. Am 1. August starb unser Kamerad Richard Schrapel im Alter von 58 Jahren.
- Sommerfeld. Am 24. Juli starb unser Kamerad Paul Schulz im Alter von 37 Jahren.

Ehrehrem Andenken!

Zahlstelle Friedland i. Ostpr.

Lokalgeschenke an durchreisende Kameraden können bis auf weiteres nicht mehr gewährt werden.
[3 M.] Der Vorstand.

Politische Wochenschau

Das neue „System“ versagt — Reichsregierung droht mit Standrecht — Nazimehrheit in Mecklenburg und Anhalt dahin — Nazi-Sturm warf in Königsberg die Bomben — Einberufung des preußischen Landtages

Die Regierung der Junker hat dem Volk „Ruhe und Ordnung“ versprochen. Was sie ihm beschert hat, zeigen die täglichen Terrorakte der Hitlerschen Soldateska, die von einem Ende des Reiches zum andern sich als Mordbanditen betätigt. Besonders nach dem Wahltag glaubten die Mordgesellen der Faschisten allein Herr im Staate zu sein. An Bombenattentaten und Feuerüberfällen auf Andersdenkende hat es nicht gefehlt in den letzten Tagen. Wie wildgewordenes Unterweltgesindel hausten die Jünger des großen Adolf. Besonders im Osten des Reiches ist die Saat der

Kameraden! Jede gelesene Nummer des „Zimmerer“ muß Unorganisierten in die Hand gegeben werden!

Lest gute Bücher!

Kauft die vom Verband herausgegebene Fachliteratur!

Hobelbänke 60 RM.

2 m lang, Stahlspindel, komplett, Ia Qualität. Blatt la gediegene Rotbuche, Garantie.

Werkzeuge
Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pina a. d. Elbe.



Bauschule Rastede i. Oldbg.

v. C. Rohde. Programm frei. Polierkursus I Semester, Vorbereitung auf die Meisterprüfung 2 Semester. Treppenaufbau, Schiftungen.

Berufs-, Wander- und Sportbekleidung

in Samt, Manchester, Leder und Pilot. Werkzeuge und Teakholz-Wasserwagen. Schlapphüte, Islander. Preisliste gratis. Mechanische Kleiderfabrik.

Welt-Versandfabrik Fritz Ulrich

Altona/Elbe 12, Gustavstraße 58/60

